

Technik und Kultur

VD ZEITSCHRIFT DES VERBANDES **VD**
DI DEUTSCHER DIPLOM-INGENIEURE **DI**

SCHRIFTFLEITER: Dipl.-Ing. CARL WEIHE, PATENTANWALT, FRANKFURT A. M.

HEFT 2

BERLIN, 15. FEBRUAR 1927

18. JAHRGANG

Diplom-Ingenieur-Tagung 1926

(Schluß.)

Staats- oder Privatwirtschaft?

Der Vortragende, Herr Oberfinanzrat Dr. Paul Bang, Berlin, führte über dieses aktuelle Thema in freiem Vortrag nach dem vorliegenden Stenogramm etwa folgendes aus:

„Verehrte Anwesende!

Lassen Sie mich gleich in medias res gehen. Die Frage: „Staatswirtschaft oder Privatwirtschaft“ wird häufig als eine Zweckmäßigsfrage behandelt. Sie ist alles weniger als das; sie ist eine Grundsatzfrage in des Wortes tiefster Bedeutung, also eine Frage grundsätzlichen Denkens und Handelns. Sie berührt nicht nur materielle, sondern sie berührt eines der tiefsten geistigen Probleme unserer problematischen Zeit. Ein geistiges Problem dergestalt, wie es bereits Herr Dr. Everling vorhin so anschaulich geschildert hat. Es handelt sich bei der Frage um nichts Geringeres, als um die Frage der geistigen und sittlichen Freiheit der selbstverantwortlichen Persönlichkeit. Deshalb scheiden sich auch an dieser Frage die Geister. Das Bedenklichste ist, daß die Frage: „Staats- oder Privatwirtschaft“ bei uns überhaupt aufgerollt werden muß. In einem gesunden Volk existiert die Frage in dem Sinne, in dem sie bei uns akut geworden ist, überhaupt nicht. Sie ist also ein Zeichen unserer geistigen Erkrankung und zwar einer Erkrankung, die zur Verzerrung der Wirklichkeitsbilder führt und die dem Erkrankten gewissermaßen den inneren Kompaß nimmt. Sie ist zumindest ein Zeichen dafür, daß wir uns über die Grundlagen unseres Seins, nämlich über Staat und Wirtschaft, nicht mehr im klaren sind, daß diese Grundlagen irgendwie verschoben worden sind, daß ihre organische Ausgliederung gestört worden ist. Und das ist in der Tat der Fall. Das aber liegt daran, daß wir einen Verlust erlitten haben, der schlimmer ist, als der Verlust materieller Dinge. Wir haben das verloren, was ich nenne: die organische Denkfähigkeit; unser Denkkapparat ist auf dem Wege über einen durch und durch undeutschen Materialismus gewissermaßen mechanisiert worden. Deshalb sind wir als Volk selbst aus einem Organismus zu einem Mechanismus geworden und haben alle natürlichen, alle organischen Gliederungen unseres

Volkstums aufgelöst. Solches geschieht niemals ungestraft. Jeder Ingenieur weiß, was geschieht, wenn man einen Organismus durch einen Mechanismus ersetzt. Jeder weiß, daß eine noch so gute Prothese kein gesundes Bein ersetzen kann und im Wettlauf stets der siegen muß, der nicht gezwungen ist, mit einer Prothese zu laufen. Jeder weiß, was für ein Gebilde entstehen würde, wenn etwa gar einer seinen Kopf durch eine Prothese, etwa einen künstlichen Sprechapparat, einen Sprechanismus, ersetzen lassen wollte! Wer die einem lebendigen Organismus inwohnenden Lebenskräfte mechanisiert, wer seine natürlichen Gliederungen stört, der bringt den Organismus als solchen zum Stillstand, und sei er ein noch so großer Kunstmechaniker.

Diese Auflösung des Organischen hat keines der Lebensgebiete unseres Volkstums ausgelassen. Die Zerstörung ist gründlich. Am gründlichsten bei Staat und Wirtschaft. Wir stehen heute geradezu vor der Auswechslung dieser beiden Begriffe. Das ist der Grund, warum es bei uns das Problem gibt: „Staats- oder Privatwirtschaft.“ Ehe ich näher darauf eingehe, sei mir ein kurzer Hinweis gestattet auf die Entstehung und das Wesen jener geistigen Erkrankung, von der ich sprach. Die Krankheit, an der wir leiden, heißt: Marxismus. Wir stehen heute vor den Ergebnissen der beiden großen Irrtümer des Marxismus, des ökonomischen und des internationalen Irrtums des Marxismus. Um von vornherein Mißverständnisse auszuschließen, lege ich Wert auf die Feststellung, daß ich unter Marxismus unter keinen Umständen die deutsche Arbeiterschaft verstehe. Es ist eine vermessene Leichtfertigkeit, Arbeiterschaft und Marxismus in einen Topf zu werfen. Erstens entspricht das rein äußerlich nicht den tatsächlichen Verhältnissen, und zweitens verrät eine solche Auffassung unzweifelhaft eine verhängnisvolle Unkenntnis des Wesens des Marxismus. Was heißt denn Marxismus? Marxismus ist alles, was sittliche, organische Gemeinschaften auflöst. Marxismus ist alles, was den schaffenden, schöpferischen Geist bindet. Marxismus ist alles, was die Produktion in unnatürliche Fesseln schlägt. Marxismus ist alles, was Leistung, Lohn und Preis zwangsmäßig nivelliert. Marxismus ist alles, was die wirtschaftliche und geistige Freiheit und die Selbstverantwortlichkeit der

Persönlichkeit erschlägt. Jeder Daseinsvorgang setzt sich zusammen aus Führung und Geführtsein, aus Schöpfergeist und Produktionsmitteln. Marxismus heißt: Trennung des schöpferischen Geistes von den Produktionsmitteln, das heißt zugleich Vernichtung der Produktionsmittel. Wenn man das Subjekt vom Objekt trennt, so ist das der Tod. Und eben weil der Marxismus aus dem Organismus den Mechanismus macht, zerstört er ihn. Es bleibe nun dahingestellt, ob in verhetzten Arbeiterköpfen oder in gewissen Wirtschaftsbureaus der Marxismus verwüstend gewirkt hat. Nach meinen Erfahrungen, die ziemlich reichhaltig sind, kann ich nur sagen, daß heute das Sichaufbäumen gegen die geistigen und wirtschaftlichen Vergewaltigungen durch den Marxismus in Arbeiterkreisen weit größer ist, als in der deutschen Unternehmerschaft. In welchem Maße sich der ökonomische Irrtum bereits durchgesetzt hat, werden wir nachher sehen. Er spricht sich auch aus in gewissen Organisations-, besser gesagt Mechanisierungsformen unserer Wirtschaft, die das marxistische Begräbnis ihres Allerheiligsten, ihrer geistigen Schaffensfreiheit und ihres sittlichen Persönlichkeitswertes sind. Wenn sich die Wirtschaft selbst zu einer großen bürokratischen Anstalt umwandelt, wenn sie aus Unternehmern Beamte macht, so gibt die Wirtschaft damit ihr Wesen auf. Verwaltung ist nun einmal etwas grundsätzlich anderes als Wirtschaftsbetrieb. Werner v. Siemens hat in seinen Lebenserinnerungen selbst sehr interessant darüber geplaudert; er hat wiederholt hingewiesen auf die Folgen der Bürokratisierung der Wirtschaft. Er sagt: es sei auffällig, daß die Bürokratie in der Privatwirtschaft immer dazu komme, aus den Hauptsachen die Nebensachen und aus den Nebensachen die Hauptsachen zu machen.

Was aber den internationalen Irrtum des Marxismus anlangt, so interessiert uns der im Rahmen des Themas nicht. Nur das eine sei gesagt, daß der internationale Irrtum des Marxismus heute bei uns tiefer verankert ist als je zuvor. Die im Kriege schon blutig widerlegte Falschlehre von der kriegsverhindernden Wirkung des internationalen Handels, der internationalen Finanz und der internationalen Geldverfälschung sitzt fester als je. Die Annahme einer politisch wirksamen Internationalität des Wirtschaftsinteresses ist genau ein so großer Aberglaube und verhängnisvoller Irrtum, wie es der Aberglaube an die politisch wirksame Internationalität des dynastischen Legitimus war. Aber selbst so gefährliche und nur in Deutschland mögliche Unbegriffe, wie der von der „friedlichen Eroberung der Welt“, werden bei uns festgehalten, mit Begeisterung nachgeredet und genau wie vor dem Kriege zur Maxime eines pazifistischen Wirtschaftsimperiums gemacht, dessen Ende nur wiederum seine blutige Widerlegung sein kann. Mehr will ich darauf nicht eingehen.

Näher interessiert uns hier der ökonomische Irrtum. Man nennt ihn auch die „materialistische Geschichtsauffassung“, also jene krause Auffassung, die alle geistigen und sittlichen Vorgänge und den gesamten Ablauf der politischen Geschehnisse aus dem Mechanismus entgeisteter ökonomischer Vorgänge ableitet und das Werden und Entstehen des Staates „ökonomisch“ und sein Wesen und seinen Zweck in

einer mechanischen Konsumregelung erblickt. Es ist selbstverständlich, daß, wenn der Marxismus an die Herrschaft wollte, er seinen Weg nehmen müßte über den Staat, daß er den Staat ökonomisieren, auf deutsch: verwirtschaftlern mußte. Das ist geschehen auf dem Wege einer immer engeren Verfälschung von Staat und Wirtschaft, die die organische Ausgliederung zwischen beiden immer mehr zerstörte, und zwar schließlich mit dem paradoxen Erfolge der Übernahme des ökonomischen Erfurter Programms der Sozialdemokratie als Staatsprogramm in der bekannten Verordnung im Reichsgesetzblatt vom 12. November 1918. Es liegt auf der Hand, daß im Verlaufe dieser Entwicklung auch das staatliche und wirtschaftliche Denken immer mehr ineinanderflossen. Der staatliche Denkbereich rutschte gewissermaßen in den rein wirtschaftlichen Denkbereich ab. So sehen wir, daß fast alle Begriffe, die in unserer Politik eine ausschlaggebende Rolle spielen, typische Wirtschaftsbegriffe sind. Und wir sehen eine Leitung des Staates, wie sie schon der Leitung eines Konzerns entspricht. Es war verhängnisvoller Selbstbetrug, daß die Privatwirtschaft, die den Staat hier und da als Fessel empfunden hat, diese gefährliche Entwicklung nicht durchschaute, daß sie diese Entwicklung laufen ließ und sie aus Kurzsichtigkeit und mißverstandenen Interesse sogar teilweise unterstützt hat. Denn der Erfolg der „ökonomischen“ Eroberung des Staates konnte nur der sein, daß der Marxismus sich mit den Mitteln des besetzten Staates auch der Privatwirtschaft liebevoll annahm, d. h., daß er mit den Mitteln des eroberten Staates die Wirtschaft unmittelbar oder mittelbar marxisierte. So sehen wir als Ergebnis: Der Staat wird verwirtschaftlet, die Wirtschaft wird verstaatlicht. Damit sind wir dem Problem auf den Grund gekommen.

Ehe wir uns die Marxisierung der Wirtschaft näher ansehen, sei kurz angedeutet, in welchen äußeren Formen und Vorgängen die Auswechslung von Staat und Wirtschaft bei uns vor sich ging. Wenn man bei der Behandlung dieser Dinge nicht an der Oberfläche plätschern will, muß man diese Dinge kennen. Diese Entwicklung setzte ein lange vor dem Kriege mit der nach 1890 immer mehr sich vollziehenden Umwandlung der politischen Parteien in wirtschaftliche Interessenvertretungen mit dem Ziel, den Staat nicht auszubauen, sondern auszuheben. Man wird in der Tat an die schwersten Auswüchse der sogenannten „ständischen Liberalität“ erinnert, wenn man sich diese Seite unserer deutschen Parteigeschichte ansieht. Bismarck sah die Gefahr einer solchen Entwicklung, der Abkehr des Parlaments vom Staatszweck, voraus und suchte deshalb Anfang der 80er Jahre eine organisatorische Trennung zwischen Staat und Wirtschaft herbeizuführen und zwar zunächst auf dem Wege der Bildung eines Volkswirtschaftsrates als eines Sonderparlamentes der schaffenden Stände. Der Versuch mißlang, und das Unheil nahm seinen Lauf. Der Staatsgedanke starb aus, das Parlament wurde zu einer wirtschaftlichen Stierkämpfarena. Als der Krieg kam, gab dem Staatsgedanken die Ziellosigkeit der politischen Kriegsführung den Rest, die in der ungeheuren Groteske des staatspolizeilichen Verbotes der Kriegsziele gipfelte. Dazu boten die Kriegsgesellschaften und Zwangswirtschaft die Gelegenheit

zur weiteren Eroberung des Staates durch die Wirtschaft. Führer dieser Entwicklung war Walter Rathenau, der von sich selbst sagte, als er am 9. August 1914 in das Preußische Kriegsministerium ging, handelte es sich um die „bewußte Schaffung einer neuen Wirtschaftsordnung“. Diese war die marxistische. Rathenau hat selbst von sich sagen lassen, „er sei der größte Sozialist seit Karl Marx“. Nach seinen Schriften verlangt er „Beseitigung des nationalistischen Prinzips in der Wirtschaft“ und stellt das Ziel auf: „Auflösung der Staatsformen und ihre Ersetzung durch ein bewegliches System selbstverwaltender Kulturvölker“, und erweitert schließlich dieses Ziel dahin: „Aufhebung der europäischen Schichtungen unter der Staatsform sozialisierender Freistaaten.“ Damit ist tatsächlich der Grundsatz ausgesprochen: Verwirtschafterung des Staates und Verstaatlichung der Wirtschaft. Deutlicher kann man das nicht sagen. Diese Entwicklung grub dem freien Wirtschaftsgedanken das Grab, machte zum alleinigen Staatszweck die Bewirtschaftung von Staat und Volk. Diese Bewirtschaftung konnte ihrer Natur gemäß nur geleistet werden von sogenannten Wirtschaftlern. Die Folge war, daß die Wirtschaft unmittelbar handelnd in das Staatsgefüge eindrang und umgekehrt die Wirtschaft weiterhin bürokratisiert wurde. Staatsbürokratie und Wirtschaftsbürokratie flossen immer mehr ineinander, bis im Kriege endlich jenes eigenartige verhängnisvolle *mixtum-compositum* entstand, das weder regieren noch wirtschaften konnte, sondern nur eins konnte: verteilen. Gerade darin aber spricht sich ja das Wesen des Marxismus aus.

Das war auch der Grund, daß wir während des ganzen Krieges nicht ein einziges politisches Regierungsprogramm oder wirtschaftliches Produktionsprogramm gehabt haben; wir hatten nur Verteilungsprogramme. So hatte schon im Kriege der marxistische Konsumgedanke den Staatszweck besiegt. Die Revolution war dann ja auch nichts anderes als ein von oben gut geheißener großer Verteilungsakt, und staatsrechtlich gesehen: die Abdankung eines leergewordenen, eines verwirtschafterten, seines Wesens beraubten Staatsgedankens.

In der Nachkriegszeit ist nun die Ökonomisierung des Staates vollendet worden. Auf die überaus interessante Entwicklung will ich nicht näher eingehen. Aber sicher ist, daß die Vermischung der Begriffe groteske Vorgänge zeigt. Wir machen seit Jahren gewissermaßen das Experiment, mit der Turbine Butter zu machen und mit der Zentrifuge ein Karussell zu betreiben. Soviel sage ich mir auch als technischer Laie, daß wir dabei weder zu Butter kommen noch zu einem ordentlichen Karussellbetrieb, sondern höchstens dazu, daß auch noch die Turbine und die Zentrifuge entzweigen. Im öffentlichen Leben aber geht bei uns alles, ist immer noch zweimal zwei = 5. Ein Kennzeichen, wie tief die geistige Verirrung geht, ist, daß wir heute sogar Lehrer-Gewerkschaften, Beamten-Gewerkschaften haben. Für ein gesundes Empfinden ist das ein Wahnwitz. Gott sei Dank gibt es noch keine Diplom-Ingenieur-Gewerkschaften. Die sogenannten politischen Parteien aber sind heute nur noch verlängerte Wirtschaftsarme; sie verwalten durch ihre Beauftragten den Staat, denn bekanntlich sind die

Minister nach unserer Verfassung Parteibeauftragte. Die Verschmelzung von Staats- und Wirtschaftsbürokratie aber ist bis zur Grenzverwischung gediehen. Die Staatsmänner sind zumeist entweder Gewerkschaftssekretäre oder werden als Syndici von der „Wirtschaft“ hereingegeben und umgekehrt, die Geschäftsführerposten der großen Verbände werden aus der Staatsbürokratie besetzt. Ein griechischer Philosoph nannte dies: *λάττα βεί*, alles fließt. Was dabei herauskommt, das wissen Sie selbst.

Ergänzend will ich diese Entwicklung abschließen mit dem Hinweis auf ihre außerpolitische Krönung. Diese Krönung ist gegeben in der verhängnisvollen Entwicklung, die schließlich zum Dawesplan geführt hat und in der die deutsche Privatwirtschaft freiwillig ihre Unterschiebung an Stelle des Staates auch dem Auslande gegenüber vorgenommen hat und damit die Grundlage gelegt hat zu der völkerrechtswidrigen Umwandlung der öffentlich-rechtlichen Reichs-Staats-Kriegsschuld in eine Privatlast der schaffenden Stände.

Die Wirtschaft ist nun einmal kein Ding an sich, kein Selbstzweck, sondern sie ist und bleibt Funktion einer höheren Ordnung, und diese heißt Staat. Strebt die Wirtschaft in Verkennung dieses Verhältnisses aus dieser organischen Verbindung heraus, will sie das organische Verhältnis zu ihrem eigenen Staat lösen, so verfällt sie dem tragischen Geschick, daß sie Funktion fremder Staatsgewalten wird. Das ist das tragische Schicksal, über das kein zeitweiliges „Gutgehen“ einzelner Branchen hinwegtäuschen kann. Dieser Funktionswechsel ist der eigentliche Sinn des Dawesplans.

Die ganze Entwicklung hat also dahin geführt, daß wir heute in der Privatwirtschaft vor zwei Ergebnissen stehen: Nach außen vor ihrer Preisgabe als Staatsersatz an die Raubgier der Feinde, nach innen vor ihrer Marxisierung. In letzterer Hinsicht geht es um folgendes. Die Annahme, daß mit der Einstellung der unmittelbaren Sozialisierung, die uns so ungeheures Geld gekostet hat, die Gefahr beseitigt sei, ist ein verhängnisvoller Aberglaube. Die unmittelbare Sozialisierung ist längst durch die mittelbare abgelöst. Neuerliche Äußerungen von Regierungsseite sind sehr schön, aber bisher ist eine Unterbrechung dieser Entwicklung nicht eingetreten. Der Staat ist längst aus seiner Stellung als Schutzherr der Wirtschaft zu ihrem größten Konkurrenten geworden. Die letztere Bedeutung hat alles das, was man Staatsmonopolisierung, Staatskapitalismus und dergleichen nennt. Die Gefahr ist heute größer als je. Ich kann nur sagen, daß der Staatssozialismus und der Staatskapitalismus, in dem wir mitten drin stehen, durchaus die unmittelbare Fortsetzung der direkten Sozialisierung in mittelbarer Form ist. Ich habe ihn einmal „schleichenden Bolschewismus“ genannt, der weit gefährlicher ist als sein blutiger Bruder, weil er als Heuchler auftritt. Wenn man das vor Jahren äußerte, wie ich es getan, wurde man in der deutschen Wirtschaft nicht verstanden. Heute wird man, wie in so manchem, auch hierin verstanden. Der Staat tritt heute nicht nur als der größte Privatwirtschaftsunternehmer auf, er schlingt auch seine Fangarme immer weiter um die übriggebliebenen Privatbetriebe mit seinen offenen und versteckten Beteiligungen. Es gibt heute Unterneh-

mungen, die sozialisiert sind, ohne es zu wissen, wie es Unternehmer gibt, die pleite sind, ohne es zu wissen. Das ist heute häufig ihr einziges Glück.

Die Mittel, mit denen die Sozialisierung seitens der öffentlichen Hand betrieben wird, sind zum größten Teil unlauter. Aus der Privatwirtschaft werden ungeheure Mittel herausgepreßt, mit denen die öffentliche Hand dann in die Privatwirtschaft eindringt. Durch zweckentsprechende Kreditgebarung wird die Wirtschaft kirre gemacht. Dabei ist längst erwiesen, daß der Staat niemals Privatwirtschaftler sein kann. Wem die Gesetze der Rentabilität bekannt sind, der wird mir beistimmen, daß die öffentliche Hand zwar Kapital und Arbeit beherrschen kann, daß sie aber unter keinen Umständen den dritten und ausschlaggebenden Faktor ersetzen kann, den Karl Marx wegeskamotieren wollte, den freien Unternehmegerist, daß der Staat deswegen auch nicht als Privatwirtschaftler rentabel wirtschaften kann. Das gilt für alle Staatsformen, aber es gilt insbesondere für eine Staatsreform, die mit ihrem übertriebenen Parlamentarismus doch schließlich die Straße zum herrschenden politischen Faktor macht, in der die Regierung jede Verantwortung nach der Verfassung auf ein verantwortungsloses und unkontrollierbares autokratisches Parlament abschieben kann, für eine Staatsreform der organisierten Verantwortungslosigkeit aller maßgebenden Faktoren. Das sind rein juristische Feststellungen, die nicht bestritten werden können und die mit Politik nichts zu tun haben. Hier, in der Unkontrollierbarkeit der Vorgänge, liegt mit einer der Gründe für die Korruption, in der wir leben. Selbstverständlich führt die Verbindung von Politik und Geschäft stets zur Korruption. Man kauft mit Geld Politik und erwirbt mit Politik Geld. Politik wird zum wirtschaftlichen Gewerbebetrieb. In der Unkontrollierbarkeit des Systems liegt auch einer der Gründe für die Unrentabilität bei den Nachkommen der 143 deutschen Kriegsgesellschaften. Ich erinnere nur an die Deutschen Werke und an die Viag. Die berühmte Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, die im Jahre 1925 dem deutschen Reichstag vorgelegt wurde und dort ein geruhsames Dasein fand, deckt nach Zeitungsberichten Zustände auf, die zum Himmel schreien. Nur ein Satz. Er lautet: „Die Viag ist die Kulisse, die sich zwischen die Reichsgesellschaften und die behördliche Kontrolle schiebt und diese völlig sperrt.“ Was die Rentabilität von öffentlichen Privatwirtschaftsbetrieben anlangt, so ist diese seitdem nicht besser geworden. Diese vermeintliche Rentabilität öffentlicher Privatwirtschaftsbetriebe ist zumeist eine Vortäuschung oder Selbsttäuschung. Sie entsteht durch den Zufluß öffentlicher Steuermittel oder durch künstliche Aufmachung der Produktionskosten durch Steuerbefreiung und ähnliche derartige Vorteile. Dabei macht auch die staatliche Preispolitik auffälligerweise halt vor den Staatsbetrieben. Wir wissen doch, daß die ungeheure Steuerlast und ähnliches heute einen ganz bedeutenden Anteil an den Preisen der Produkte ausmacht. Danach müßten die Preise der steuerbefreiten Monopolbetriebe des Reiches billiger gesetzt werden. Das geschieht aber nicht. Ich verweise auf die vereinigten Aluminiumwerke, die durch ihre Preispolitik die weiterverarbeitende Industrie zeit-

weise in die allerschwerste Lage gebracht haben, so daß diese die Verwendung von Rohaluminium zum Teil hat einstellen müssen. Auf solchen Wegen erobert man auch die verarbeitende Industrie. Dabei machen sich über den Umfang des Eindringens der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft die allerwenigsten eine richtige Vorstellung. Es gibt heute kaum noch ein Wirtschaftsgebiet in Deutschland, das nicht irgendwie staatlich verfilzt ist. An Kapitalstärke wird das Reich als Privatwirtschaftler — ohne Staat und Gemeinden — heute allerhöchstens noch übertroffen vom Farbenkonzern und vom Montantrust. Sichtbar sind die in der Viag vereinigten Betriebe, unsichtbar ist der ungeheure Rattenkönig von „Beteiligungen“, die doch nur die erste Phase der Aufsaugung bedeuten. So ist es nach meiner persönlichen Auffassung nur noch eine Frage der Zeit, daß wir die gesamte deutsche Industrie in Aluminium, Kupfer und Messing in einem Reichsmetaltrust vorfinden. Ähnlich ist es mit der Elektrowirtschaft, ähnlich mit der Orthopädie. Ferner weise ich hin auf das Vordringen des staatlichen Einflusses in der Stickstoffindustrie, der Eisenerzeugung und der Eisenverarbeitung und auf die Verstaatlichung des Luftverkehrs, die Verschmelzung von Aero-Lloyd-Junkers-Werke und die Reichsluftverkehrs A.-G. Überlege man sich doch einmal, wie ein solches System auf unsere frühere Handelsflotte gewirkt hätte, ob unsere Handelsflotte ihren erstaunlichen Aufschwung genommen hätte bei einer staatlich sozialisierten Aufmachung oder ob der innere Grund für den Aufstieg unserer Handelsflotte nicht allein gelegen hat in der Genialität der individuellen Privatwirtschaft, ob er nicht allein möglich gewesen ist aus dem Ingenium der freien Persönlichkeit heraus. Wie im Reich so ist es in den Staaten. Bei der preußischen Elektrowirtschaft haben wir leider feststellen müssen, daß der Staat es nicht einmal verschmäht, in seinem Vorgehen, in seinem Konkurrenzkampf gegen die Privatindustrie Hoheitsrechte mit einzusetzen. Sie können dies näher nachlesen in dem Jahresbericht der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen zu Berlin.

Besonders kennzeichnend ist die Entwicklung in Sachsen. Ich erwähne die Überführung der Sächsischen Werke in eine staatliche Aktiengesellschaft und die Aufsaugung von gesunden Wirtschaftsunternehmungen durch die sächsische Verkehrsverwaltung. Tatsächlich handelt es sich hier um Sozialisierung und zwar mit der selbstverständlichen Folge, daß der Staat dabei in Wahrheit kein wirtschaftliches Plus, sondern ein schweres wirtschaftliches Minus macht. In einem Einzelfall ist ein steuerlicher Dauerausfall von 900 000 Goldmark festgestellt worden. Den Schaden hat natürlich die restliche Privatwirtschaft, die auch noch außerordentliche Steuerausfälle tragen muß. Folge: die Produktionskosten steigen, und daraus ergibt sich eine weitere Steigerung der Konkurrenzunfähigkeit der Wirtschaft gegenüber dem Staate. Ohne eine radikale Änderung dieser unheilvollen Methode, ohne Einstellung dieser „kalten Sozialisierung“, ohne Trennung von Staat und Wirtschaft werden wir nicht einmal zu der so blutnotwendigen Steuerentlastung der Privatwirtschaft kommen. Oder denken Sie an ein anderes Problem, denken Sie an das Arbeitslosenproblem. Ich stehe

auf dem Standpunkt, daß in einer marxistisch gebundenen Wirtschaft dieses Problem überhaupt nicht lösbar ist. Ich bin mit Calwer der Meinung, daß man mit einer Milliarde in öffentlicher Hand keineswegs so weit kommt, wie mit einem vierten Teil davon in der freien Privatwirtschaft. Und wie im Reich und in den Staaten, so ist es auch in den Gemeinden. Auch hier bei vielen Gemeinden die Gier nach Aktienpaketen und das Amoklaufen gegen die Privatwirtschaft. Das Bild rundet sich ab durch die Verhältnisse bei den Krankenkassen, die unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit die außerordentlichen laufenden Einnahmen mißbrauchen, um neben der Heilmittelversorgung auch die Erzeugung in der Hand des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen zu monopolisieren. Träger dieser Sozialisierung ist die Heilmittelverteilergesellschaft. Sogar Betriebe werden übernommen. Die Folge ist außerordentlich schwerer Druck auf die Weiterverkäufer, Apotheker, Drogisten. Viele Firmen mußten infolge Entziehung des Absatzes bereits ihre Zahlungen einstellen. Auch hier liegt die schwerste Gefahr für die Privatwirtschaft in der Steuerfreiheit ihrer Konkurrenz. Diese Verwendung von Krankenkassengeldern zur Bekämpfung der Privatwirtschaft ist die Krönung des Systems der Sozialisierung. Das Ganze aber ist Marxismus in Reinkultur. Der Marxismus erobert zunächst den Staat und dann in bürgerlicher Verkleidung eine Wirtschaftsposition nach der anderen. Am Ende dieser Entwicklung steht unter allen Umständen die Erfüllung des Erfurter Programms der Sozialdemokratie. Das aber bedeutet für Staat und Wirtschaft den Tod, denn mit dem privatwirtschaftlichen Individualismus wird nicht nur die Wirtschaft, wird auch der sich grausam täuschende Staat erschlagen, dessen materielle Grundlage ja nichts anderes ist, als das, was freier Unternehmegergeist mit Kapital und Arbeit anzufangen weiß. So kommen wir zu dem Ergebnis: wer den Staat verwirtschaftet und wer die Wirtschaft verstaatlicht, der verwirtschaftet schließlich beide. Wer die organische Ausgliederung zwischen Staat und Wissenschaft mechanisch stört, begeht eine Todsünde. Und das Tragische ist, daß unsere Wirtschaft, die endlich ihr Unglück gewahrt wird, gegen den Staat angeht, ohne sich darüber klar zu werden, warum dieser Staat für sie gefährlich geworden ist. Doch eben deshalb, weil es kein Staat mehr ist, sondern selbst Wirtschaft wurde, und zwar marxistische Wirtschaft. Und gewisse Organisationsformen unserer Wirtschaft kommen dieser Entwicklung auch noch entgegen.

Wie nun heraus? Mit Palliativmittelchen, mit haltlosen Steuersenkungen und Verwaltungsreformen an der Oberfläche ist uns nicht geholfen. Es genügt meiner Ansicht nach nicht mehr die Aufhebung der Steuerbefreiung öffentlicher Betriebe; wir müssen dem Übel an die Wurzel gehen. Das Übel ist die Verfilzung von Staat und Wirtschaft, und die Wurzel ist unsere marxistische Besessenheit. Helfen kann uns nur die Beseitigung dieses Übels und seiner Wurzel. Wir müssen folgendes fordern:

1. Einstellung aller auf Abtötung der individuellen und freien Privatwirtschaft gerichteten Bestrebungen in Reich, Staat und Gemeinden.

2. Ausscheidung des Staates als bloßen Konkurrent der Privatwirtschaft durch Rückführung der Betriebe der öffentlichen Hand an die Privatwirtschaft, soweit sich in ihnen nicht tatsächlich die Verwirklichung eines echten staatlichen Hoheitsrechtes oder die Notwendigkeit einer echten kommunalen Verwaltungsbetätigung ausspricht.

3. Als Ziel: In Wiederaufnahme der Bismarckschen Pläne aus den 80er Jahren, nämlich organisatorische Trennung von Staat und Wirtschaft durch Herstellung einer autonomen Selbstverwaltung der Wirtschaft mit eigenen, von den rein politischen Instanzen getrennten, von unten nach oben aufgebauten Selbstverwaltungskörpern unter Rückführung des Staates auf sein wirtschaftspolizeiliches Staatshoheitsrecht.

Des näheren kann ich auf diese Punkte nicht eingehen, die erarbeitet und vertreten werden von dem „Bund für Nationalwirtschaft und Werksgemeinschaft“. Nur auf eines will ich hinweisen. Wesentlich ist, daß man erkennt, daß es sich um die zwar nicht organische aber organisatorische Trennung der zu unserem Unglück verfilzten Staats- und Wirtschaftsbereiche handelt. Es gibt heute laienhafte Vorstellungen, die alles Heil in der Umwandlung des politischen Parlaments in ein sogenanntes berufständisches erblicken und wohl gar den Reichswirtschaftsrat etwa in Form einer Ersten oder Zweiten Kammer neben den Reichstagstellen wollen. Das würde nur die Vollendung und Krönung der Verfilzung von Staat und Wirtschaft sein und würde sowohl die Bildung eines selbständigen Staatswillens wie die Bildung eines selbständigen Wirtschaftswillens dauernd unmöglich machen. Auch der Gedanke eines berufsständischen Wahlrechtes zum politischen Parlament ist ein laienhafter Irrtum und eine Verkennung des Wesens des Staates und des Wesens des ständischen Gedankens, den wir vertreten. Es handelt sich bei dem Gedanken der Selbstverwaltung der Wirtschaft um strengste Scheidung der gegenseitigen Zuständigkeitsbereiche. Bei Selbstverwaltung der Wirtschaft stehen deren Vertretungskörper mit voller Selbständigkeit neben den staatlichen Vertretungskörpern und sind an der Bildung des politischen Staatswillens genau so wenig beteiligt, wie die politischen Parlamente beteiligt sein dürfen an der Bildung des eigentlichen Wirtschaftswillens.

Damit bin ich am Schlusse. Eine freie deutsche Wirtschaft, in der der Staat nicht mehr mit Umkehr aller sittlichen Begriffe und unter Zerstörung aller organischen Zusammenhänge als ihr größter Konkurrent auftritt, sondern über der er Ausübung seines staatlichen Hoheitsrechtes der Wirtschaftspolizei und als Schutzherr der Wirtschaft waltet, das ist die große Frage der Zukunft, des Seins oder Nichtseins für die Wirtschaft aber auch für den Staat. Das ist aber, und damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück, für uns Deutsche in noch viel höherem Sinne eine Frage des Seins oder Nichtseins. Es handelt sich bei alledem ja um nichts anderes als um unsere geistige Freiheit und um die Schöpfer-

kraft des deutschen Menschen. Was heißt denn Wirtschaftsfreiheit? Sie ist doch nicht das Zufallsprodukt einer wirtschaftlichen Entwicklung, sie ist ja ganz etwas anderes! Wirtschaftsfreiheit entspricht der tiefsten geistigen Veranlagung des deutschen Volkstums. Deutsches Wesen steht ebenso sehr auf geistiger Freiheit, wie etwa romanisches Wesen auf geistiger Gebundenheit. Schon von den Römern wissen wir, daß sie erkannten, daß wir Deutschen nur in freier Betätigung schöpferisch sein können und in der Gebundenheit, in der Versklavung unerschöpfend werden. Auf dem Boden dieser inneren Freiheit hat sich die deutsche Wirtschaftsentwicklung vollzogen. Denn es ist immer der Geist, der sich den Körper baut. Die wirtschaftliche Freiheit ist eines der höchsten sittlichen Güter, die es zu verteidigen gilt. Giordano Bruno nannte diese innerlichste Grundlage der deutschen Schöpferkraft: „Die unbändigen deutschen Ingenia.“ Der deutsche Erbfeind im Mittelalter aber hat uns genannt: „Die blonde Bestie mit den tiefen Augen.“ Um diese tiefen Augen geht es, um jene „Ingenia“, die die eigentliche Quelle des gewaltigen Wirtschaftsaufschwunges vergangener Jahrzehnte gewesen sind. Sie sind auch die eigentliche Ursache, die einzige Ursache des Krieges. Deshalb Versailles! Deshalb der Dawesplan! Und deshalb das Allerschlimmste, was uns passieren konnte, was uns von Alexander von Peez so trefflich dargelegt wird: die durch Karl Marx ausgerechnet von England aus unter dem Schutze des englischen Kapitalismus betriebene marxistische Verseuchung des deutschen Gehirns, des deutschen Volkes. Die Grundlage der deutschen Wirtschaft vor ihrer Verderbnis, vor ihrer Qual und Not war organischer selbstverantwortlicher Individualismus. Wenn der Deutsche die Freiheit der Wirtschaftsgebarung verliert, verliert er mehr als Form, verliert er Inhalt, verliert er mehr als eine Wirtschaftsverfassung, verliert er die geistige Grundlage seines Schaffens und damit sich selbst. Und darum handelt es sich auch bei der Frage: Staatswirtschaft oder Privatwirtschaft! Nur auf freier Wirtschaft ein freier Staat und nur auch so wieder die Freiheit nach außen. Der Verband Deutscher

Diplom-Ingenieure ist von jeher ein Hort jener „unbändigen deutschen Ingenia“ gewesen. Es geht um Sie, meine Herren, um Ihr Allerheiligstes, und deshalb bitte ich Sie, mit uns auf unsere Fahne zu schreiben: Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!

Schlußansprache.

Der dem Vortrag des Herrn Oberfinanzrat Dr. Bang gespendete Beifall war sehr lebhaft und anhaltend.

Der Vorsitzende ergriff nunmehr das Wort zur Schlußansprache und führte aus:

„Meine verehrten Damen und Herren!

Herr Oberfinanzrat Dr. Bang hat uns in einem hochinteressanten Vortrag tiefe Einblicke in die heutigen Zusammenhänge zwischen Staat und Wirtschaft und in die Entwicklung gegeben, die auf diesem Gebiete vor sich geht. Nach seinen Ausführungen befindet sich nicht nur unsere Wirtschaft, sondern auch unser Staat in Gefahr. Der Zusammenhänge, die er aufgerollt hat, würden zur Zerstörung nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des Staates und zum Untergang des Volkes führen. Wir Ingenieure wissen, wo Kräfte sind, treten auch Gegenkräfte auf. Wir dürfen mit Recht hoffen, daß, wenn die einseitigen verderblichen Kräfte in unseren Kreisen Raum gewinnen, hier dann auch die Gegenkräfte wach werden, um diesen verderblichen Kräften zu begegnen. Die Klarheit in diesen Dingen uns gegeben zu haben, das ist das große Verdienst des Herrn Vortragenden (lebhafter Beifall), dafür sind wir ihm aufrichtig dankbar. Dieser Dankbarkeit haben Sie bereits durch Ihren ausgezeichneten Beifall Ausdruck gegeben. Ich darf mich im Namen des Vorstandes und im Namen des gesamten Verbandes nochmals diesen herzlichsten Dank an Herrn Oberfinanzrat Dr. Bang anschließen. (Lebhafter Beifall.)

Damit sind wir am Schluß unserer heutigen Tagung angelangt, die ich mit dem herzlichen Dank an alle Erschienenen hiermit schließe.“

Für oder gegen Münster?

Von Geh. Reg.-Rat Prof. F. Romberg, Berlin.

Westfalens prächtige Hauptstadt, Sitz einer Universität, eines Episkopats, eines Generalkommandos und vieler anderer Behörden, will auch eine Pflanzstätte technischer Wissenschaft werden.

Im Einvernehmen mit Stadt und Staat, mit einflußreichen Kreisen der Industrie und Wirtschaft plant die Universität die Angliederung der Technik an ihre schon bestehenden Einrichtungen.

In welcher Form dies zu geschehen hat, wenn überhaupt, bleibe zunächst noch eine offene Frage. Hier soll vorerst die allgemeine Berechtigung eines

solchen Planes, über den schon viel gestritten worden ist, kurz geprüft werden.

Gewiß wird es niemand einer Universität verargen können, wenn sie durch inneren und äußeren Ausbau den Kreis ihres Wirkens, die Macht ihres Einflusses auf die geistigen Kräfte unseres Landes zu erweitern und zu vertiefen trachtet. Denn das ist ihr uraltestes Recht, ja, man darf sagen, ihre Pflicht!

Und wer wird es weiterhin unverstündlich finden, daß die weitschauende Leitung einer Stadt von mehr als 1000jähriger reicher Geschichte, die oft genug

Zeugnis abgelegt hat von dem Gemeinsinn ihrer Bürger, die große Blütezeiten von Handel und Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft durchlebt hat, diesem Plane das regste Interesse entgegenbringt und ihn mit allen Kräften zu fördern bestrebt ist. Weist nicht die nahe Nachbarschaft mit dem rheinisch-westfälischen Industriezentrum, dem größten, das wir besitzen, unmittelbar den Weg zu solchen Bestrebungen?

Anders aber liegt die Frage, wie sich die Allgemeinheit zu diesem Plane stellen soll. Für sie können und dürfen einseitige, sozusagen eigennützige Gründe, die nur eine kleine Minderheit unseres Volkes angehen und von deren Standpunkt vielleicht berechtigt erscheinen, wie wir gesehen haben, keinesfalls maßgebend sein. Mag man die Neugründung durchführen in irgendwelcher Form, mögen auch interessierte Kreise der Wirtschaft mit ihrer finanziellen Unterstützung nicht kargen, immer werden erhebliche Kosten übrigbleiben, die der Staat, also die Allgemeinheit, für den ersten Aufbau der Einrichtungen und namentlich für ihre dauernde Unterhaltung aufzubringen hat.

In dieser Zeit tiefster staatlicher und wirtschaftlicher Not, wo es schwer wird, den dringendsten kulturellen Zwecken zu genügen, wo eine „Notgemeinschaft der Wissenschaft“ hat gegründet werden müssen, um der infolge mangels an Mitteln drohenden Verkümmern wichtiger Wissenschaftsgebiete zu steuern, muß selbstverständlich mit unnötigen Ausgaben sorgsam gespart werden, muß insbesondere in der Verbreiterung wissenschaftlicher Einrichtungen weise Beschränkung geübt werden, damit die unentbehrliche Vertiefung möglichst vollkommen zu ihrem Rechte kommt.

Unter solchen Umständen ist es nicht überraschend, daß der Gedanke, an der Universität Münster auch Technik zu lehren und dafür die erforderlichen Einrichtungen zu treffen, mehrseitigen, zum Teil recht leidenschaftlichen Widerspruch gefunden hat.

Vielleicht am energischsten ist dieser Widerspruch bisher von den Stellen erfolgt, die dabei in erster Linie ein gegensätzliches Eigeninteresse vertreten, von den dem Industrieviertel naheliegenden Technischen Hochschulen, die mit Münster natürlich in Wettbewerb treten würden und daher eine Verminderung ihrer Besucherzahl befürchten müssen. Insofern diese Hochschulen auf eine ungenügende Ausnutzung ihrer vorhandenen Einrichtungen hinweisen können, sind sie durchaus befugt, sich nicht nur auf ihr eigenes, sondern auch auf ein allgemeines Interesse zu berufen, das gegen die Gründung neuer Technischer Hochschulen gerichtet ist, solange die alten unvollständig ausgenutzt sind. Das würde ja nur eine äußere Vermehrung wissenschaftlicher Einrichtungen bedeuten, die, ich wiederhole es, ohne jede Vertiefung in der heutigen Zeit auf das unumgängliche Bedürfnis beschränkt bleiben muß.

Man wird einwenden können, daß manche Technische Hochschule mit Studierenden überfüllt ist und daß aus dem Massenbetrieb unerträgliche Zustände erwachsen, die zu einer tiefgehenden Schädigung der Ausbildung des akademisch-technischen Nachwuchses führen müssen, und dies gerade in

einer Zeit, wo die Entfaltung höchster technischer Intelligenz eine Lebensfrage für unsere Industrie ist.

Die Tatsache der Überfüllung mehrerer Technischer Hochschulen ist zweifellos richtig. Sie ist schon seit Jahren, eigentlich schon seit dem Kriegsende, in Erscheinung getreten, und auch ihre schädlichen Folgen sind zu augenfällig, als daß sie einfach weggeleugnet werden können. Bleibt es doch immer und überall wahr, daß echte Hochschulbildung nicht im schematischen Massendruck, sondern nur in gründlicher Einzelausbildung und -erziehung erworben werden kann!

Und dennoch wäre es verfehlt, aus der Tatsache der Überfüllung ohne weiteres den naheliegenden Schluß zu ziehen, daß neue Hochschulen oder Teile solcher gegründet werden müßten, um sich des Massenandrangs zu erwehren und seine nachteiligen Wirkungen abzuwenden. Ich will hier ganz schweigen von der Möglichkeit, das gleiche Ziel einfacher und billiger zu erreichen durch Erweiterung der schon bestehenden Anstalten, durch Vermehrung der Professuren und ihrer Hilfskräfte, und andere ähnliche Maßnahmen. Dies betrifft, wie ersichtlich, nur die Art der Durchführung und ist eine cura posterior, die selbstverständlich erst dann in Betracht kommt, wenn zuvor der Entschluß zu einer Vermehrung der Einrichtungen überhaupt gefaßt ist.

Viel wichtiger ist also dieser Entschluß selbst, dessen Abhängigkeiten nach allen Richtungen sorgfältig zu prüfen sind, weil eine voreilige Entscheidung erhebliche materielle und andersartige Nachteile zur Folge haben kann. Keinesfalls darf für ihn allein die Überfülle des Besuches maßgebend sein.

Zwar ist es richtig, wie schon bemerkt, daß überfüllte Hochschulen ihrer Bestimmung nur unvollkommen genügen können. Aber ebenso wahr ist es auch, daß zu reiche Gelegenheit zum Studium einer Fachrichtung leicht den Anreiz zu diesem Studium unnatürlich erhöht und eine Überproduktion von Vertretern dieses Fachgebietes erzeugt, die zu ganz ungesunden Zuständen im praktischen Berufe führen kann.

Damit sind wir an einem Punkte von grundsätzlicher Bedeutung angelangt, der, unabhängig von der Überfüllung einer Hochschule, die Entscheidung über die Vermehrung der Studieneinrichtungen maßgebend beeinflussen muß. Die Tatsache, daß die vorhandenen Einrichtungen übermäßig beansprucht sind und hierfür nicht genügen, darf allein für jene Entscheidung noch nicht ausschlaggebend sein. Wesentlich ist gleichzeitig die Frage, ob der Massenandrang einem natürlichen Zustande entspricht, ob er die Auswirkung eines wirklichen Bedürfnisses des Landes an Vertretern der betreffenden Fachrichtung ist. Denn wenn dies nicht der Fall sein sollte, so müssen für Angehörige dieses Berufs üble Wirkungen entstehen, wie Stellenmangel, Erwerbslosigkeit, schlechte Besoldung, langsames Aufrücken u. a. m., und dies, wie ohne weiteres klar ist, aus dem Grunde, weil auch hier wie überall sonst das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt, das nur scheinbar Ausnahmen zuläßt, in Wirklichkeit sich aber immer wieder durchsetzt.

Hier treffen wir nun mit dem weitaus wichtigsten Argument zusammen, das gegen den Ausbau der

Münsterischen Hochschule in technischer Richtung aufgeworfen worden ist, und berühren zugleich den eigentlichen Kern, aber auch den wundesten Fleck des ganzen Planes. Dieser Widerspruch ist nicht das Produkt der Wahrnehmung eines engbegrenzten Interesses, das sozusagen nur lokaler Natur ist und nicht unbedingt mit dem allgemeinen Interesse übereinstimmt. Er stammt vielmehr von berufenster Stelle, aus dem großen Kreise der berufstätigen Ingenieure selbst, und zwar von solchen mit und ohne akademischer Bildung. Er verkörpert also die berechnete Abwehr eines Berufskreises gegen die ihr drohende Überfüllung, die schließlich zu einem völligen wirtschaftlichen Abstieg ihrer Angehörigen führen muß, wenn ihr nicht rechtzeitig vorgebeugt wird.

Nun wird man fragen, liegen denn die Dinge heute so, daß eine Überfüllung des Ingenieurberufs in Aussicht steht oder gar schon vorhanden ist? Die Antwort darauf muß entschieden bejahend sein. Denn wenn, wie feststeht, etwa 30000 Techniker in Deutschland erwerbslos sind, wenn zahlreiche akademische Ingenieure mit untergeordneten Stellen vorliebnehmen, nur um ihr Dasein zu fristen, wenn in vielen Betrieben die Angestellten sich mit Gehaltsminderung abfinden, weil sie sonst beschäftigungslos würden, wenn zahlreiche Ingenieure in andere Berufe übertreten, auch in solche mit Handarbeit, die ihnen das Durchhalten ermöglichen sollen, wer wollte da läugnen, daß z. Z. das Angebot den Bedarf weit überragt und daß alle jene ernststen Übelstände nur dieser Ursache entspringen.

Man wird vielleicht einwenden, das Überangebot und seine Folgen seien durch den zeitigen Tiefstand der Industrie verursacht, es würde wohl bald wieder verschwinden, in dem Maße, wie der industrielle Geschäftsgang sich wieder hebe und die Nachfrage nach Ingenieuren zunehme. Ein solcher Einwand hat die bewußte oder unbewußte Voraussetzung, daß es sich bei der gegenwärtigen Notlage der Industrie nur um eine jener normalen Tiefkonjunkturen handle, die vor dem Kriege in fast gesetzmäßig erscheinendem Wechsel mit Hochkonjunkturen immer wieder auftraten und damals meist ziemlich schnell vorübergingen.

Nichts ist, glaube ich, unrichtiger und schädlicher als diese Ansicht. Die wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes sind heute gegenüber der Vorkriegszeit vollkommen verändert. Sie sind unendlich viel schwieriger und unübersichtlicher geworden. Unsere Industrie ist gegen damals mit ungeheuren unproduktiven Unkosten belastet, mit Steuern, mit Dawesabgaben, sozialen Aufwendungen usw. Kein Wunder also, wenn ihre Erzeugnisse sich auf dem Weltmarkt nur schwer durchsetzen können.

Es wird immer klarer, daß vor allem die Qualität, die besondere außergewöhnliche Leistung, uns wieder erfolgreich vorwärtsbringen kann, nicht allein, wie man so häufig hört und glaubt, die Quantität, die größtmögliche Massenfertigung des Normalen, in der wir mit dem Auslande wohl niemals wettbewerbsfähig werden können, weil uns der große Absatz fehlt, sowohl der nach außen als namentlich auch der im eigenen Land.

Jetzt ist die Ausfuhr, wie gesagt, durch die überhöhen Erzeugungskosten noch viel geringer geworden, als sie jemals früher war und künftig sein wird.

Und der innere Markt, für unsere Industrie nicht minder bedeutungsvoll, liegt heute gleichfalls sehr danieder wegen der starken Verminderung der inneren Kaufkraft, die eine Folge ist der allgemeinen Verarmung Deutschlands durch Krieg, Kriegsschädigung, Staatsumwälzung, Inflation usw. Unsere Industrie, die aus dem Kriege über das Friedensbedürfnis hinaus aufgebläht und hypertrophisch hervorging, muß notwendig wieder zusammenschrumpfen und sozusagen von der Extensivierung zur Intensivierung übergehen. Wir waren und sind noch überindustrialisiert, in einem Maße, das unsere stark geschwächte blutarmer Volkswirtschaft nicht verträgt.

Alle diese Grundlagen und Ursachen des heutigen industriellen Niedergangs sind Vorgänge von längerer Dauer. Sie können also nicht über Nacht verschwinden, und so werden wir in absehbarer Zeit noch keine gesunde Volkswirtschaft und keine blühende Industrie wieder haben.

Daraus folgt aber mit logischer, unerbittlicher Notwendigkeit, daß der Ingenieurbedarf jetzt und künftig wesentlich geringer als vor dem Kriege sein muß und daß die technischen Lehranstalten, um mit dem Bedarf Schritt zu halten, bedeutend weniger beansprucht sein müßten als früher.

Aber das Gegenteil gerade ist der Fall! Nach dem Kriege hatte die Technik in der Berufswahl höchsten Kurswert, und es setzte, vorübergehend begünstigt durch die Scheinblüte der Industrie während des inflatorischen Ausverkaufs, eine Überflutung der Technischen Hochschulen und Fachschulen ein, die bis heute nicht nennenswert abgeebbt ist.

So ist die Überproduktion von Ingenieuren jeder Art gekommen, unter der wir heute offenkundig leiden und die noch weiter zu steigern, wozu die Vermehrung der Studienmöglichkeiten unzweifelhaft anreizen würde, sicherlich weder im Interesse des ganzen Standes noch auch der Allgemeinheit liegen kann.

Ferner steht außer Frage, daß viele aus dem gewaltigen Zustrom den Ingenieurberuf nur als Brotstudium, nicht auf Grund besonderer Veranlagung und aus innerem Antrieb ergriffen haben. Von ihnen ist natürlich so gut wie keine Förderung der Technik zu erwarten.

Was die Technik braucht, ergibt sich aus meinen früheren Darlegungen von selbst: nicht Truppenoffiziere in großer Zahl, sondern verhältnismäßig wenige hervorragend technisch begabte und vorgebildete Generalstäbler, schöpferische Naturen, wissenschaftliche Fortschrittssucher, Pfadfinder, die im Bereich der angewandten Wissenschaften neue Wege gehen können, um uns überlegen zu machen gegenüber dem Ausland.

Aus alldem ist zur Genüge erwiesen, daß es ganz und gar keinen Sinn hat, neue Hochschuleinrichtungen nach Art der vorhandenen für das Studium der Technik zu schaffen, weil nur noch mehr technische Akademiker die Industrie übervölkern und sich und ihre älteren Kollegen in immer wachsendem Maße der Unbill aussetzen würden, die ich vorher aufgezeigt habe.

Ist damit nun auch Münster erledigt?

Es hat fast den Anschein! Bestimmt wäre dieser Schluß gerechtfertigt, wenn man in Münster das Vorhandene einfach ganz oder teilweise wiederholen

und damit eine Vermehrung der Einrichtungen alten Stils vornehmen würde, für die alles das voll und unverändert zuträfe, was ich bisher erörterte. Das hieße vor allem auch wertvollste Mittel nützlicheren kulturellen Zwecken entziehen und wäre angesichts der Wichtigkeit und Vielseitigkeit anderer Aufgaben und der großen Beschränkung, die sich der Staat in den Aufwendungen dafür auferlegen muß, kaum zu verantworten.

Das hieße also, so hart es klingt, vergeuden, wo Sparsamkeit dringend geboten ist.

Wie ändern aber die Dinge ihr Gesicht, wenn Münster statt zu kopieren, Neues vollbringen will! Alles Gesagte, alle Widersprüche und Schlußfolgerungen daraus beruhen doch nur auf der Annahme, daß in Münster die Technik gelehrt werden soll wie in Aachen, Hannover oder Berlin, daß mit dem Inhalt auch die äußere Form wiederkehren soll, daß also die „Angliederung“ einer oder mehrerer Fachabteilungen einer Technischen Hochschule an die Universität geplant sei.

Hier sehen wir sich zunächst die Frage erheben: Ist denn etwas anderes überhaupt möglich und notwendig, genügt das seit vielen Jahrzehnten Bestehende, das schon fast feste Tradition geworden ist, heute nicht mehr, so daß eine Reform unabweisbar ist?

Das Thema „Reform der Technischen Hochschule“ ist Eingeweihten nicht mehr neu. Viel ist schon darüber geredet und geschrieben worden, aber es ist nur wenig geschehen, was als umwälzende Neugestaltung der Lehre, an die jeder geneigt ist zu denken, wenn er von Reform einer Schuleinrichtung hört, aufzufassen ist.

Die nach dem Kriege begonnene „Reform“ der Technischen Hochschule ist bisher im wesentlichen eine äußerliche geblieben. Sie ist vor allem eine Verwaltungsreform, eine organisatorische Umgestaltung: man hat die Abteilungen als Verwaltungskörper beseitigt und Fakultäten eingeführt nach dem Muster der Universitäten; ob mit oder ohne besonderen Nutzen und Zweck, ist eine umstrittene Frage.

Vereinzelt sind auch Unterrichtsgegenstände neu aufgenommen worden, so auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften. Man hat die Hochschulverfassung geändert, neue Prüfungsordnungen gemacht, die „Studienpläne“ umgemodelt, hier und da Erleichterungen geschaffen, wo es gar zu drückend geworden war. Man hat, dem Zuge der Zeit folgend, überall ein wenig demokratisiert, aber Kern und Wesen des Unterrichts unverändert gelassen.

Die Art der Lehre vor allem ist von der Umgestaltung noch nicht ergriffen worden, und gerade hier bietet sich ein reiches Feld für eine wirkliche Reform, die nicht bloß den Namen trägt, sondern es ihrem innersten Wesen nach auch ist.

Wählen wir ein Beispiel aus dem Gebiet der mechanischen Technik!

Der fachliche Vorlesungs- und Übungsunterricht hat sich, entsprechend der immer fortschreitenden Ausgestaltung der Industrie, zu einer Vielzahl von Sonderfächern entwickelt, in denen der Studierende Vorlesungen hören, Übungsaufgaben erledigen und Prüfungen ablegen muß. Die hieraus entstehende Belastung ist außerordentlich und zwingt den Stu-

dierenden, vier köstliche Jugendjahre in härtester Arbeit zu verbringen, wenn er sein Ziel erreichen will. Sie zwingt ihn zu vollkommen einseitiger Anspannung aller seiner Kräfte und läßt ihm keine Zeit, besonderen wissenschaftlichen oder künstlerischen Neigungen nachzugehen, seine Allgemeinbildung zu vervollkommen, sich irgendwie anders zu betätigen als in seinem Beruf.

Das wertvollste Requisit deutscher Hochschulbildung war von altersher die akademische Studienfreiheit! Kann sie für den Studierenden der Technik etwas anderes sein als ein seelenloser Begriff, eine Fata Morgana in der Wüste?

Man hat Abhilfe zu schaffen versucht durch Unterteilung der Fachrichtungen und dadurch m. E. das Übel noch vermehrt. Die Spezialisierung ist so nur noch weiter fortgeschritten, die technische Lehre immer mehr dem Zerfall preisgegeben worden. Die Technischen Hochschulen drohen ihren Charakter als Hochschulen zu verlieren und sich in höhere Fachschulen aufzulösen. Das ist die unausbleibliche Wirkung der ständig wachsenden Spezialisierung, die aus der Industrie herkommt, wo sie eine notwendige Entwicklung darstellt und ihre Berechtigung hat, die aber an der Hochschule zum Ruin führen muß, weil sie gegen ihren Geist verstößt.

Übrigens sind ähnliche Spezialisierungsbestrebungen vereinzelt auch auf geisteswissenschaftlichen Gebieten an den Universitäten zu beobachten und bedrohen auch diese mit Zerfall, wenn ihnen nicht Einhalt geboten wird.

Das Spezialistentum gehört nicht an die Hochschule und muß mit allen Mitteln bekämpft werden, auch gegen den Widerstand der Industrie, die es begünstigt, ja immer wieder fordert, weil sie vielleicht das Unmögliche für möglich hält, fertige Spezialingenieure für jedes Gebiet auszubilden. Selbst wenn sich dies ermöglichen ließe, so wäre es ungesund; denn es widerspräche ja der viel wichtigeren Forderung, dem jungen Akademiker eine möglichst gründliche natur- und fachwissenschaftliche Allgemeinbildung zu geben, auf die er jeden Spezialberuf in seinem Gesamtfache späterhin aufbauen kann. Es wäre auch falsch aus der rein praktischen Erwägung, daß außer den wenigen, die durch Geburt und hochmögliche Beziehungen für bestimmte Stellen „prädestiniert“ erscheinen, kein junger Mensch schon an der Hochschule übersehen kann, auf welchem Sondergebiet er später eine seinen Kräften und Neigungen entsprechende Stellung finden wird. Das hängt außer von seiner besonderen Veranlagung, die er oftmals selbst noch nicht hinreichend erkannt hat, von so vielen verschiedenartigen äußeren Umständen ab, daß er einen schweren, häufig kaum wieder gut zu machenden Fehler begehen würde, wenn er sich ganz einseitig auf ein Spezialgebiet abrichten ließe.

Ich wiederhole: eine gründliche Allgemeinbildung in den Natur- und Fachwissenschaften ist dem technischen Akademiker unentbehrlich. Dieses Ziel ist heute für ihn fast unerreichbar geworden, schon weil ihm die Zeit dazu fehlt. Heute ist seine Fachausbildung beherrscht durch den Unterricht in einer Reihe von Spezialdisziplinen, von denen jede eigentlich den ganzen Menschen beansprucht, die also alle nur

unvollkommen, um nicht zu sagen stümperhaft, betrieben werden können, die schuld sind an der großen Überlastung und an dem trotz dieser unvermeidlichen Mangel an wissenschaftlicher Vertiefung.

Diese Ausbildung ist ein einziger großer Widerspruch in sich selbst, ihr Produkt muß notwendig unvollkommen sein. Daher auch die Klagen über das Versagen dergestalt vorgebildeter Akademiker in der Industrie, die nicht verstummen wollen und zweifellos vielfach berechtigt sind. Die „Universalspezialisten“, die die Hochschulen heute züchten, sind in Wahrheit weder Universalisten noch Spezialisten, sie sind Akademiker mit nur oberflächlichem, in keiner Weise sicher begründetem fachlichem Wissen und Können auf verschiedenen Gebieten. Was bei solcher Methode im besten Falle noch erreicht werden kann, ist eine einigermaßen gründliche naturwissenschaftliche Bildung, die es ihrem Besitzer ermöglicht, auf dieser Grundlage im praktischen Beruf eine vertiefte Fachbildung allmählich aufzubauen und so das nachzuholen, was er an der Hochschule mangels geeigneten Unterrichts versäumt hat.

Man wird fragen: Ist eine andere Art der Lehre an der Hochschule möglich, und wie kann der Student behelfendfalls ihrer teilhaftig werden.

Als feststehend ist zu erachten, weil es vielfältiger Erfahrung in der ausübenden Praxis entspricht und demgemäß von erfahrenen Ingenieuren oft genug eindringlich hervorgehoben worden ist, daß scheinbar ganz verschiedene Gebiete der mechanischen Technik in den wesentlichen Grundzügen vollkommen übereinstimmen, daß die maßgebenden Richtlinien für die Konstruktion, die Material-Verwendung, -Ausnutzung und -Verteilung, die Beanspruchung durch Normal- und Sonderwirkungen, die Bedingungen der Herstellung, der Aufstellung und des Betriebs, die wirtschaftlichen Forderungen und viele andere Gesichtspunkte immer wieder die gleichen sind. Diese Einheitlichkeit also, die im wesentlichen durch die Natur erzwungene, ist eine feststehende Tatsache.

Ist es da nicht im höchsten Grade wissenschaftlich, diese für die Erkenntnis des Wesens der Dinge so wichtigen Zusammenhänge aufzuzeigen, statt durch Trennung zu verwirren und zu verdunkeln, durch Zusammenfassung eine klarere Einsicht in Ursache und Wirkung zu vermitteln und dadurch ein fester umrissenes Bild der in ihrer Gesamtheit ewig unerfaßbaren Natur zu geben, das sich durch die verschiedensten Forschungen immer tiefer und eindrucksvoller gestalten läßt?

Muß nicht eine solche zusammenfassende Lehre auch pädagogisch den besten Effekt haben?

Wie schwer ist es heute dem noch technikfremden Studenten gemacht, sich in dem Vierterlei der Vorträge, die von verschieden gearteten Personen, ohne inneren und äußeren Zusammenhang, in verschiedenster Form und Auffassung geboten werden, nur einigermaßen zuverlässig zurechtzufinden! Er hat die Aufgabe, sich aus vielen Mosaiksteinen ein zusammenhängendes übersichtliches Bild aufzubauen. Eine wenig beneidenswerte Aufgabe für den Unerfahrenen, der kaum das Wesentliche vom Unwesentlichen, die Spreu vom Weizen unterscheiden kann! Denn viel von dem, was er empfängt, ist ja nur

Ornament und Dekoration, also etwas, was zu seinem Bilde nicht vonnöten ist, im Gegenteil leicht verwirrend und störend wirkt.

Dazu kommt, daß er zu jeglichem Besinnen und Überlegen, zu tieferem Nachdenken über das Empfangene infolge der Überlastung gar keine Zeit hat. Der Studierende der Technik hört und zeichnet, aber er denkt nicht, wenigstens die große Masse der durchschnittlich Begabten nicht. Die Ausnahmen sind verschwindend, man freut sich ihrer in der Prüfung, die immer wieder beredtes Zeugnis ablegt, wie wenig die Hochschule ihr wichtigstes Ziel erreicht, zu selbstständigem unabhängigem Denken zu erziehen, das immer und überall den Grundlagen und dem Wesen der Dinge nachgeht.

Die oft gerügte Unfähigkeit und Abneigung der Techniker, auch begrifflich, statt nur anschaulich zu denken, beruht m. E. nicht so sehr im Wesen der technischen Veranlagung — die meisten sind gar nicht ausgesprochen technisch veranlagt — als vielmehr in der einseitigen, anschaulichen Geistesbetätigung an der Hochschule, die dann auch der im Fach tätige Ingenieur meistens ausschließlich betreibt, weil dies der Beruf mit sich bringt, und er zu etwas anderem hier ebensowenig die Zeit aufbringt wie während seines Studiums.

Dies ist übrigens nicht die einzige Folge des verkehrten, weil überlasteten und zersplitterten einseitigen Hochschulstudiums, oder vielmehr diese Folge zieht noch eine besondere schädliche Wirkung nach sich. Ich mache die einseitige Geistestätigkeit des Ingenieurs, die schon an der Hochschule einsetzt, wesentlich mitverantwortlich für das Versagen im öffentlichen Leben, wenn es gilt, außerhalb seines Faches liegende allgemeine Fragen zu behandeln und zu vertreten, in staatlichen und kommunalen Verwaltungskörpern, in Vereinen, Versammlungen, Parlamenten usw., kurz überall da, wo es sich um die Regelung und Führung der Allgemeinbelange handelt, wo also Leben und Schicksal von Volksgruppen oder sogar des Volksganzen auf dem Spiele stehen.

Keinesfalls ist es richtig, daß an der fast völligen Ausschaltung des Ingenieurs aus dem staatlichen und öffentlichen Leben nur das leidige Juristenmonopol schuld sei, welches ihn am freien Aufstieg zu den führenden Stellen hindert.

Ist es denn überhaupt denkbar, daß ein großer und wichtiger Stand wie der der Ingenieure, der in der Wirtschaft eines Landes mit weitaus überwiegender Industriebevölkerung eine so maßgebliche Rolle spielt, auf die Dauer von den Allgemeinbelangen, von der Führung und Verwaltung des Staates, sowie der Gemeinden ferngehalten werden könnte, wenn er den Willen und in allem und jedem die besondere Eignung zu solcher allgemeinen Tätigkeit besäße?

Die Ansicht, daß dem so sei, ist, wie ich gern zugebe und weiß, in Ingenieurkreisen stark verbreitet. Ich glaube aber nicht daran. Ich bin vielmehr überzeugt, daß jene Abneigung und mangelhafte Fähigkeit des Ingenieurs, sich mit den allgemeinen Lebensfragen unseres Volkes gründlich zu beschäftigen, obgleich diese die herrschenden sind und alles Fachliche in ihren Bann ziehen — nicht umgekehrt, wie der Ingenieur meist glaubt! —, an der Beschränkung

des Technikers auf sein enges Fachbereich wesentlich mitwirkt.

Dies ist um so bedauerlicher, als es den Allgemeinbelangen selbst nicht förderlich ist, denn der Ingenieur erwirbt auf Grund seiner Facharbeit mancherlei für die öffentliche Betätigung unschätzbare Eigenschaften, wie insbesondere den Sinn für das Wirkliche, Einfache, Natürliche, das Streben, überall den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung zu erkennen, mit den geringsten Mitteln dem besten Effekt, also stets den günstigsten Wirkungsgrad zu erreichen, die Art des Denkens und Handelns, die auf das Anschauliche, auf den Aufbau des Ganzen aus seinen Elementen gerichtet ist, die Gewissenhaftigkeit und Zuverlässigkeit bei der Arbeit, die Tatkraft, die Unermüdlichkeit und Zähigkeit in der Überwindung von Widerständen und Schwierigkeiten usw.

Dies alles sind Charaktereigenschaften und Fähigkeiten, die nicht nur höchst wertvoll und unentbehrlich im Bereiche der Technik sind, sondern auch in hervorragendem Maße für die Führung im staatlichen und öffentlichen Leben geeignet machen. Kaum ein anderer fachlicher Beruf kann sie in gleich vorteilhafter und umfassender Weise entwickeln, und dennoch müssen sie im Besitze des Ingenieurs für die Allgemeinheit immer brachliegen, wie heute, solange ihre notwendige Ergänzung fehlt, von der vorher die Rede war.

Was nützen alle an sich so berechtigten Klagen, daß der Ingenieur zwar die wirtschaftlichen Werte schaffe, den zivilisatorischen und kulturellen Fortschritt fördere, aber trotzdem nur der Lastträger sei, während der Jurist, der Volkswirtschaftler die Führung und Herrschaft habe, wenn die Techniker nicht den Willen und die Kraft aufbringen, das Tor zu öffnen, das ihnen den Weg zur erfolgreichen Beteiligung am öffentlichen Leben heute noch versperrt!

Das Grundübel sehe ich, wie gesagt, in der verkehrten, einseitigen Ausbildung an der Technischen Hochschule. Den fachwissenschaftlichen Unterricht in der Hauptsache auf eine zusammenfassende Lehre zu verdichten, um vertiefte technische Einsicht, aber vor allem auch Zeit für eine viel gründlichere naturwissenschaftliche Schulung und eine umfassendere Allgemeinbildung zu gewinnen, das ist die wichtige Aufgabe, von der unendlich viel abhängt: Fortschritt und Gedeihen von Technik und Industrie, das Schicksal der akademischen Ingenieure, die Entwicklung unseres politischen und staatlichen Lebens, das von der Mitwirkung technischer Intelligenz bisher so gut wie unberührt geblieben ist.

Eine schwierige Aufgabe ist es allerdings, weil ihre Lösung in völliges Neuland führt und innige Zusammenarbeit erfordert, aber sie ist des Schweißes der Edlen wert, und die besten Köpfe müssen ihre Anstrengungen vereinigen, um sie zu bewältigen.

Nach diesem Ziel strebt Münster, wie ich unterrichtet bin. Wenn es das hält, was es damit verspricht, so handelt es sich um etwas ganz Neues, Verheißungsvolles, fern von den alten, ausgetretenen Gleisen, das unserem Stand und der Allgemeinheit nur hochwillkommen sein kann, für das keine Aufgabe zu groß ist, um es zu verwirklichen, und das

zugleich auch, wenn seine Durchführung gelingt, zur Keimzelle für die Umgestaltung der alten Technischen Hochschulen werden muß.

Nun ist es nicht unberechtigt zu fragen, warum die Reform der technischen Lehre, wenn sie so wichtig und wertvoll ist, nicht an den bestehenden Technischen Hochschulen erfolgen kann, ja, nicht schon erfolgt ist. Die Anregung zu dieser Reform ist keinesfalls neu, sie ist schon vor langen Jahren von Riedler in so nachdrücklicher und überzeugender Weise gegeben worden, daß der Gedanke in beteiligten Kreisen nicht unverständlich bleiben konnte. Wenn er trotzdem nicht gezündet und zu keinem ernstlichen Versuch geführt hat, so kann dies natürlich verschiedene Gründe haben, z. B. den, daß der Plan in sich selbst für undurchführbar gehalten worden ist, oder den anderen, daß er auf unüberwindliche sachliche und persönliche Widerstände gestoßen ist und deshalb als gleichsam subjektiv unmöglich gelten mußte.

Ob der erste Grund maßgebend gewesen ist, wage ich einigermaßen zu bezweifeln, nachdem die bereits vorher erwähnte Übereinstimmung der Sondergebiete eines Faches in den wichtigsten Grundlagen schon immer als offenkundige und unbestreitbare Tatsache vorgelegen hat.

Viel wahrscheinlicher dagegen erscheint mir der zweite Fall, daß die Ausführung des Planes bisher an äußeren Schwierigkeiten gescheitert ist, deren Beseitigung kaum durch Vernunft und Überlegung, sondern allein durch Machtspruch möglich gewesen wäre.

Gerade dieser Umstand, wenn er gegeben ist, scheint mir aber auf das überzeugendste darzutun, daß die Reform der technischen Lehre am einfachsten und vollkommensten im Rahmen neu aufzubauender Hochschuleinrichtungen zu verwirklichen ist. In einer alten Organisation und ihren Trägern liegt oftmals zu viel geistige Beharrung, einseitige Einstellung und Unbeweglichkeit, deren Überwindung aus eigenem innerem Antriebe selten gelingt.

Dies bestätigt auch in schlagender Weise die geschichtliche Erfahrung, für die ich unschwer zahlreiche Beispiele anführen könnte: in den allerseltensten Fällen sind umwälzende Neuerungen im Schoße der zu reformierenden Einrichtung selbst geboren worden, im Gegenteil, die Revolution ist fast immer von außen gekommen.

Dies also dürfen und wollen wir in erster Linie von dem technischen Ausbau der Universität Münster erwarten!

Aber es ist nicht der einzige Zweck, den die Ausführung des Planes zu erreichen gestattet. Die Vereinigung der technischen mit den Geisteswissenschaften, die sich in Deutschland mehr als ein Jahrhundert lang an getrennten Hochschulen und so im Wettbewerb miteinander, aber ohne gegenseitige Behinderung, vielleicht am gedeihlichsten entwickelt haben, scheint nunmehr notwendig geworden zu sein. Das ist die feste Überzeugung hervorragender Vertreter beider Richtungen, insbesondere auch solcher der Technik. Ohne diesen Zusammenschluß gibt es keine wahre universitas literarum! Sinn und Zweck jeder Wissenschaft, ihre höchste Vollendung

ist die Anwendung zum Heil und Segen aller lebenden Kreatur!

Reine und angewandte Wissenschaft müssen in noch höherem Maße als bisher, wo sie getrennt marschierten, nach ihrer Vereinigung in einer Hochschule wechselseitig befruchtend aufeinander wirken, woraus bedeutsame Fortschritte nach beiden Richtungen zu erwarten sind.

Ganz besonders hoch ist die so zu erzielende Verbindung von begrifflichem und anschaulichem Denken einzuschätzen, die den Studierenden beider Gebiete dringendstes Bedürfnis ist. Nur wenn sie gelingt, besteht die im höchsten Grade wertvolle Aussicht, jenen beklagenswerten Dualismus, jene tiefe Kluft im Denken zu beseitigen, die heute sogar die Gebildeten unseres Volkes voneinander trennt, als ob sie verschiedene Sprachen redeten, die auch wesentlich mit bewirkt, daß die große werktätige Masse mit den akademisch gebildeten führenden Schichten keine geistige und seelische Fühlung hat.

Der Ingenieur, der anschaulich Denkende, Redende und Handelnde, der den Arbeiter versteht und von ihm verstanden wird, der also der berufene geistige Führer der Arbeiter ist, wird durch die vermehrte Schulung im Begrifflichen, durch die Erweiterung seiner allgemeinen Bildung, durch sein geistiges Zusammenleben mit den Akademikern der anderen Richtung auf der Hochschule zum Bindeglied zweier Welten werden können, die heute in unserem Volk fremd einander gegenüberstehen.

Wissenschaft und wissenschaftliches Denken an das Volk zu bringen, diesem Ideale hat schon Lassalle vor etwa dreiviertel Jahrhunderten begeistert gehuldigt:

„Die Allianz der Wissenschaft und der Arbeiter,“ sagt er, „der beiden entgegengesetzten Pole der Gesellschaft, die, wenn sie sich umarmen, alle Kulturhindernisse in ihren ehernen Armen erdrücken werden —, das ist das Ziel, dem ich mich, solange ich atme, mein Leben zu weihen entschlossen habe!“

Ein hehres Ziel fürwahr ist diese Vereinigung von Wissenschaft und Arbeitern, die auch die finstersten Zustände eines Volkes, das sie verwirklicht, mit neuem Leben befruchten kann. Aber sie ist bisher nirgends erreicht, und auch Lassalle hat trotz schwersten Ringens mit allen Kräften seines überragenden Geistes die Riesenaufgabe nicht bewältigt.

Erreicht ist nur, daß man den Arbeitern statt lebendiger Wissenschaft öde Parteipolitik, d. h. Steine statt Brot gegeben hat.

An ernstesten Bemühungen der Wissenschaft, in das Volk zu dringen, hat es bis auf den heutigen Tag nicht gefehlt, aber sie hat offenbar nicht die richtige „Welle“, nicht das geeignete Sprachrohr gefunden, um sich der breiten Masse verständlich zu machen. Ist es zu viel behauptet, wenn ich meine, daß der Ingenieur dieses Sprachrohr werden könnte und müßte?

Dazu aber genügt es nicht, daß er ein guter Ingenieur ist, er muß vor allem auch ein ganzer Mensch mit gründlicher Allgemeinbildung sein.

Die Vereinigung von Wissenschaft und Technik an der Universität würde nicht nur dem Techniker Wertvollstes geben, sondern ebensoviel, wenn nicht noch mehr, auch den Angehörigen der bisherigen Universitätsberufe, die, obwohl sie, wie gesagt, die im Staate führenden Männer stellen, allem, was Technik heißt, vielfach unwissend und teilnahmslos gegenüberstehen. Als ob nicht die Technik alle Lebensäußerungen, jeden menschlichen Verkehr, alle wirtschaftlichen Verhältnisse auf das nachhaltigste beeinflüßte!

Allerdings gilt es in einem Zeitalter, das wir mit Stolz das technische nennen, weil es uns die größten technischen Errungenschaften gebracht hat, leider noch nicht als Mangel an allgemeiner Bildung, wenn selbst geistig hochstehende und vielseitig gebildete Menschen, die auch von diesen Errungenschaften gern und oft, ja täglich Gebrauch machen, von den einfachsten Grundlagen der Technik nicht die blasseste Ahnung haben und sich hierin von dem Arbeiter nicht selten weit übertreffen lassen müssen.

Die Zeit ist längst gekommen, wo Naturwissenschaft und Technik ein wichtiger Bestandteil gründlicher Allgemeinbildung sein muß, weil die Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie verleihen, nicht nur für die eigene praktische Lebensführung in hohem Grade brauchbar sind, sondern auch eine klarere Anschauung von den einfachen, natürlichen Zusammenhängen der uns umgebenden wirklichen Welt verschaffen, derart, daß man auch mit dem Kopf in den Wolken immer die Füße auf dem festen Boden behalten kann.

Ich brauche hier nicht näher auszuführen, wie nutzbringend eine solche Erziehung gerade unserem Volke werden muß, und bin optimistisch genug zu glauben, daß die Vereinigung der höchsten idealen und realen Bildungsstätten unseres Volkes uns diesem hohen Ziel einen gewaltigen Schritt näher führen wird.

Die Technik muß allgemeines Erziehungs- und Bildungsmittel werden, auch für die allgemein gerichtete Intelligenz, also auch für die jungen Leute, die nicht Fachtechniker werden wollen. Heute sind aber die Technischen Hochschulen nur Fachhochschulen, und alle Anstrengungen, sie zu Landeshochschulen zu machen, scheinen ohne enge Verbindung mit den Universitäten zum Scheitern verurteilt zu sein.

Diese Bestrebungen werden vor allem immer auf ein enges Bereich der Ausbildung beschränkt bleiben müssen, weil es schon der Kosten wegen nicht angängig ist, die mancherlei Bildungsmöglichkeiten der Universitäten an den Technischen Hochschulen zu wiederholen. Man wird z. B. ein Studium für Volkswirte mit „technischem Einschlag“ einrichten können — ein sehr wertvolles Studium für mehrere Berufe in und zwischen den Wirtschaften, in der Staats- und Gemeindeverwaltung usw. —, und die Maßnahmen zur Durchführung dieses Studiums sind bereits getroffen oder noch im Gange. Aber wie viel einfacher, leichter und wirksamer gestaltet sich selbst die Schaffung dieser Neuerung, wenn die Technik an die Universität kommt, wo der Hauptteil der Bildungsgrundlagen des Volkswirtschaftlers, die Wirtschaftswissenschaften und das Recht bereits in viel

vollkommener Weise vertreten sind, als es an den Technischen Hochschulen jemals der Fall sein kann*).

Mehrere andere Vorteile lassen sich noch aus der Vereinigung der Technik mit der Universität erwarten, wenn sie in richtigem Geiste und in zweckmäßiger Form durchgeführt werden. Eine einfache Verpflanzung der heutigen zersplitterten technischen

*) Herr Geheimrat Franz, Charlottenburg, hat unlängst in der DAZ dem Plane, in Münster ein wirtschaftswissenschaftliches Studium auf technischer Grundlage einzurichten, zugestimmt. Wenn er gleichzeitig dem Aufbau einer technischen Lehre für Ingenieure widersprochen hat, so gilt dies nach seiner Mitteilung nur unter der Voraussetzung, daß die alte an den Technischen Hochschulen bestehende Lehre auch in Münster eingeführt wird. Dagegen ist er mit dem neuen von mir skizzierten technischen Fachstudium durchaus einverstanden, und es besteht somit in allem wesentlichen volle Übereinstimmung.

Lehre an die Universitäten wäre ebenso sinn- und zweckwidrig, wie die unveränderte Übertragung der zur Zeit an den Technischen Hochschulen vorhandenen Organisation. Es darf nur eine technische Fakultät an der Universität geben, und diese wiederum ist nur zu ermöglichen durch je eine zusammenfassende, grundlegende Fachlehre in den Hauptrichtungen der Technik.

So ist es, ich wiederhole es, in Münster geplant, und einen solchen Plan dürfen die akademischen Ingenieure nicht verständnislos bekämpfen, sie müssen ihn vielmehr mit allen Kräften und Mitteln unterstützen, damit er gelingt. Die Zukunft unseres Standes, der Fortschritt und Erfolg der deutschen Technik sind von dem Gelingen abhängig.

Darum nicht gegen, sondern für Münster!

Der Reichswirtschaftsrat

Von Dipl.-Ing. Carl Este, Berlin.

I.

Es ist eine alte Klage der Diplom-Ingenieure, und man kann diese Klage immer wieder hören, daß der Stand der akademischen Ingenieure nicht das Ansehen in der Öffentlichkeit genießt, das ihm auf Grund der Bedeutung der Diplom-Ingenieure als Träger der wissenschaftlichen Technik zukommen müßte. Mit diesem gegenüber anderen akademischen Ständen geringeren Ansehen hängt einesteils die soziale Lage der Standesangehörigen zusammen, andernteils der mangelnde Einfluß im Staate selbst.

Woran die Schuld im einzelnen für diese Erscheinung liegt, braucht nicht erörtert zu werden, darüber dürfte volle Klarheit herrschen. Letzten Endes mangelt es an der einheitlichen und geschlossenen Organisation der Diplom-Ingenieure. Es kann auch kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß eine solche geschlossene, jede Zersplitterung vermeidende Organisation nur auf der Grundlage des Standes möglich ist. Alle mehr oder weniger künstlichen Trennungen, etwa nach der Sprosse der Berufsleiter, die der einzelne erklommen hat, oder nach der „Gleichartigkeit der sozialen Lage“ (ein Begriff, der sehr künstlich konstruiert ist), kann wohl der einen oder anderen Gruppe Augenblickserfolge bringen, aber solche Trennungen bedeuten im ganzen doch Ohnmacht und Einflußlosigkeit, ganz abgesehen davon, daß von den einzelnen Gruppen naturnotwendig nicht das Gesamtziel im Auge behalten werden kann und ihm auch gar nicht nachgestrebt werden wird.

Dieses Gesamtziel aber wurzelt nicht im Materiellen. An der Spitze steht die Leistung des Gesamtstandes für die Volksgesamtheit. Und auf dieser Leistung muß sich die soziale Lage des Standes gründen. Leistung aber für die Gesamtheit ist nur durch die Standesorganisation möglich, und um diese Leistungen zu ermöglichen, ist Einfluß im Staate erforderlich. Der aber ist wieder eine Funktion der Geschlossenheit des Standes. Der Gesamtheit der deutschen Diplom-Ingenieure wird man nicht die Mitwirkung an jenen Stellen versagen können, in

denen technisch-wissenschaftlicher Geist wirken kann und soll. Vornehmlich auch in den Parlamenten und den öffentlichen Körperschaften.

An den Diplom-Ingenieuren liegt es selbst, wenn sie hier ausgeschaltet werden. Und ein treffendes Beispiel bietet der neue Entwurf zu einem Gesetz über den Reichswirtschaftsrat.

II.

Wir haben in Deutschland augenblicklich einen Reichswirtschaftsrat, der als der „vorläufige“ bezeichnet wird. Dieser soll nunmehr in einen „endgültigen“ umgewandelt werden. Dieses Parlament ist der erste Niederschlag der „Räteorganisation“, die im Artikel 165 der Reichsverfassung „verankert“ wurde. Der „vorläufige“ hat im wesentlichen versagt. Schuld daran ist seine Zusammensetzung, sowohl der Zahl wie der Struktur nach, und seine Zweckbestimmung. Er hat so versagt, daß man — wie leicht festzustellen ist — vielfach glaubt, er sei gar nicht mehr vorhanden. Beispielsweise hat dieser „vorläufige“ ein ganzes Jahr gebraucht, um den Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung zu begutachten. Es bleibt abzuwarten, wie lange er „arbeiten“ wird, bis der vorliegende Entwurf des „endgültigen“ begutachtet ist.

Der Entwurf wird bereits in verschiedenen Kreisen heftig kritisiert, und man kann feststellen, daß niemand so recht befriedigt ist. Das ist durchaus begründlich; denn kein Gesetz über den Reichswirtschaftsrat wird restlos befriedigen können, solange dieses Parlament nicht tatsächlich zu dem gemacht wird, was es im Grunde genommen sein soll: eine berufsständische Körperschaft neben dem politischen Parlament.

Der „vorläufige“ hat versagt und mußte versagen, weil er diesen Grundsatz nicht erfüllte, und der „endgültige“ baut sich im wesentlichen auf dem gleichen Fundament auf. Seit der Umwälzung scheint es zu einem „Naturgesetz“ zu werden, daß

die Volksgemeinschaft gespalten sein muß in Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die gegensätzliche Interessen haben. Man hat die Lehre des Marxismus so in sich aufgenommen, daß man anscheinend nur in ihr denken kann. Und doch liegt es auf der Hand, daß die Gesundung unseres Volkes und seiner Wirtschaft nur vollständig werden kann, wenn die Klassenspaltung und der Klassenkampf beseitigt werden.

Nun sagt man sich, wenn man diese beiden Faktoren der Wirtschaft, die beiden „Klassen“, in gleicher Anzahl in das Parlament setzt, so muß der Ausgleich effektiv werden, und vergißt dabei, daß ein so erzielter Ausgleich höchstens einen Kompromiß von Fall zu Fall gebärt und daß dieses Experiment schon einmal gescheitert ist, weil es eben scheitern mußte; nämlich in der „Zentralarbeitsgemeinschaft“, die unfruchtbar blieb und sang- und klanglos zu Grabe getragen wurde. Auch der „vorläufige“ hat den Beweis der Unfruchtbarkeit erbracht.

Man kann über die Zweckmäßigkeit berufsständischer Parlamente streiten. Aber darüber kann es keinen Streit geben, daß — wenn man schon eine solche Körperschaft aufziehen will — sie zwecklos ist, wenn man ein Sammelsurium schafft, das sich aus klassenpolitisch gerichteten Kräften und berufsständischen zusammensetzt, und zudem noch so, daß man im Wirtschaftsprozeß wichtige Kräfte ganz ausschaltet. Das aber geschieht in dem Entwurf zu dem Gesetz über den Reichswirtschaftsrat, wie aufgezeigt werden soll.

III.

Die dem Reichswirtschaftsrat gestellten Aufgaben sind folgende: Begutachtung wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Gesetzentwürfe; Anregung wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen;

Vornahme von Erhebungen wirtschaftlicher und sozialer Art;

Mitwirkung an der Vorbereitung der Regelung der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretung für Handel, Industrie, Landwirtschaft, Kleingewerbe, Handwerk (Artikel 165 der Reichsverfassung).

Wirtschafts- und sozialpolitische Gesetzentwürfe sind von der Regierung vor dem Einbringen beim Reichstag dem Reichswirtschaftsrat vorzulegen, wenn diese Gesetze grundsätzliche Bedeutung haben; möglichst soll der Reichswirtschaftsrat schon bei den Vorarbeiten zu solchen Gesetzentwürfen gehört werden.

Besonders beachtlich ist die Aufgabe an der Ausführung des Artikels 165 der Reichsverfassung, Einführung bzw. Ausbau der Räteorganisation.

Demnach hat der Reichswirtschaftsrat nur eine gutachtliche Tätigkeit auszuüben. Jede Entscheidung liegt beim Reichstag, dem politischen Parlament. Wirtschaftliche und soziale Fragen werden nach wie vor nach parteipolitischen Gesichtspunkten, nicht nach der Einsicht der Wirtschafts- und Sozial-sachverständigen entschieden. Selbst wenn der Reichswirtschaftsrat seine Entscheidungen lediglich von sachlichen, sachverständigen Gesichtspunkten geleitet fällen sollte, kann erwartet werden, daß die

Dinge im politischen Parlament umgebogen werden, je nachdem die Regierung mit den Parteien paktiert oder sich die politische Mehrheit zusammensetzt.

Man kann der Ansicht sein, daß man zu einer nur begutachtenden Tätigkeit gar keinen neuen Apparat braucht. Dazu stehen doch nach wie vor die Verbände selbst zur Verfügung. Im Reichswirtschaftsrat aber wird zweifellos die Arbeit nicht unabhängig von politischen Einflüssen geleistet werden. Dazu sind viel zu viel engere Beziehungen zwischen den dort vertretenen Gruppen und den politischen Parteien vorhanden. Ja, bei großen Gruppen ist von vornherein eine bestimmte politische Richtung vorhanden, weil eben hier nicht der Beruf als solcher, sondern eine politische „Klasse“ vertreten ist.

So dürfte vielfach der Reichswirtschaftsrat ein kleines Abbild des Reichstages werden. Er wird die ohnehin nicht geringe Zahl von Parlamenten um ein weiteres vermehren. Die Redeflut wächst, die sachliche Arbeit wird dadurch wohl kaum gefördert. Obschon gerade diese uns vor allem not tut.

IV.

Die Zusammensetzung des endgültigen Reichswirtschaftsrates sieht drei Abteilungen vor, die insgesamt 123 Mitglieder haben. Jede Abteilung ist gleich stark. Zu diesen 123 (ständigen) Mitgliedern treten weitere Mitglieder, die für einzelne Sitzungen oder bei bestimmten zur Verhandlung stehenden Fragen mit Stimmrecht hinzugezogen werden können.

Die erste Abteilung zählt: 13 Vertreter der Landwirtschaft, 10 Vertreter der Industrie, 5 Vertreter des Handels, 5 Vertreter des Verkehrs, 4 Vertreter des Handwerks und 4 Vertreter der Banken und des privaten Versicherungswesens, zusammen also 41 Mitgl.

Die zweite Abteilung umfaßt: 41 Vertreter der Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte); die Angestellten müssen in angemessener Zahl vorhanden sein, dabei wenigstens je ein Vertreter aus der Land- und der Forstwirtschaft, also zusammen 41 Mitgl.

Die dritte Abteilung setzt sich zusammen aus: 8 Vertretern der Städte, Landgemeinden und Landkreise, 3 Vertretern der öffentl.-rechtlichen Versicherungs- und Kreditanstalten, 3 Vertretern der Konsumgenossenschaften und der Hausfrauen, 3 Vertretern des Genossenschaftswesens der Landwirtschaft und des Gewerbes, 2 Vertretern der Tagespresse, 2 Vertretern der Beamenschaft, 3 Vertretern der freien Berufe, 8 Persönlichkeiten, welche mit dem Wirtschaftsleben einzelner Landesteile besonders vertraut sind, 1 Vertreter des Auslandsdeutschtums, 8 Persönlichkeiten besonderer Leistungen für die deutsche Wirtschaft oder die geeignet sind, die Wirtschaft zu fördern, zusammen also 41 Mitgl.

Gesamt 123 Mitgl.

Die Zahl der nichtständigen Mitglieder ist nicht begrenzt; ihre Berufung erfolgt fallweise durch den Vorstand des Reichswirtschaftsrates, teilweise auf Vorschlag der Reichsregierung oder der einzelnen Abteilungen des Reichswirtschaftsrates.

Ohne die dritte Abteilung bilden die erste und zweite Abteilung eine Neuauflage der (zu Grabe getragenen) Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir haben 41 Vertreter der „Arbeitgeber“ und 41 Vertreter der „Arbeitnehmer“. Dabei ist es nach der bisherigen Praxis eine nicht besonders zu betonende Selbstverständlichkeit, daß zur Ernennung der 41 Arbeitnehmervertreter die drei Spitzengewerkschaften das Monopol haben. Obwohl einwandfrei nachgewiesen ist, daß diese drei Gewerkschaftskonzerne kaum ein Drittel der deutschen Arbeitnehmer organisiert haben. Obschon die Reichsverfassung, auf die der Reichswirtschaftsrat sich beruft, die Vereinigungsfreiheit als ein Grundrecht des deutschen Staatsbürgers festgelegt hat! Es werden alle anderen Arbeitnehmer — und zwar zwei Drittel — von der Vertretung in diesem Parlament ausgeschlossen, weil sie sich nicht in diese drei Gewerkschaftsrichtungen einfügen wollen und sich so organisiert haben, wie sie es mit ihrer Denkart und ihrem Berufsinteresse glauben vereinbaren zu können, womit sicher nicht dokumentiert werden kann, daß diese Elemente der Arbeitnehmerschaft für die Volkswirtschaft weniger Bedeutung haben, weniger nützlich sind, als die anderen.

Für den Herrn Reichswirtschaftsminister, der das Gesetz einbringt, offenbar weitgehend beeinflußt von dem Herrn Arbeitsminister, sind andere Arbeitnehmer wie die in den Freien, den Christlichen und den Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften organisierten nicht vorhanden, obschon deren Zahl doppelt so groß ist! Wo bleibt der demokratische Grundsatz der Reichsverfassung, das Mehrheitsrecht? Wie in anderen Fragen der sozialen Gesetzgebung (z. B. Arbeitsgerichtsgesetz!) wird hier glatter Verfassungsbruch gesetzlich festgelegt werden. Daß die Gesetzgeber, die politischen Parteien im Reichstag, sich darüber klar sind, ist fraglos. Denn die rechtlichen und verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die hier und anderswo festgelegte Monopolisierung gewisser Vereinigungen sind unbestritten. Daß aber die Parteien es nicht wagen, gegen die Monopolstellung der heiligen drei Gewerkschaftskonzerne etwas zu unternehmen, hat seinen durchsichtigen Grund. Hier sind organisierte Wählermassen, die in ihrer überwiegenden Mehrzahl einer ausgegebenen Wahlparole folgen!

Mit anderen Worten: der Vereinigungszwang, der notwendig ist, wenn die heiligen Gewerkschaften nicht zerfallen sollen (wie der Herr Reichsarbeitsminister — gewiß ein unverdächtigere Zeuge — einmal gesagt hat) und den man verfassungsrechtlich und auch sonst nicht durchsetzen konnte, soll hier neuen Vorspann bekommen. Bei allen arbeitsrechtlichen und sozialen Gesetzen wird immer wieder in dieser Richtung ein Stein zum andern gefügt, um so einen mehr oder weniger gelinden Zwang zur Koalierung auszuüben. Zur „richtigen“ Koalierung naturgemäß. Und die richtige ist nur in den heiligen drei Gewerkschaftsspitzen gegeben.

Man muß sich ferner vor Augen halten, daß die in den genannten Gewerkschaften Organisierten in ihrer

Mehrzahl Handarbeiter sind. Die organisierten Angestellten wieder in ihrer Mehrheit solche mehr manueller und ausführender Tätigkeit, den Handarbeitern also näherstehend. Damit bleiben tatsächlich alle höheren Angestellten, die geistig arbeitenden und führend tätigen, glatt ausgeschaltet. Man nimmt also in der Regierung an, daß diese Angestellten im Reichswirtschaftsrat nichts zu suchen haben, daß sie für die Gestaltung der Wirtschaft, für die Begutachtung wirtschaftlicher und sozialer Fragen ohne Bedeutung sind. Daß gerade diese Gruppe der in der Volkswirtschaft Tätigen vermöge ihres Aufgabenkreises, ihrer verantwortlichen Arbeit, ihrer besonderen Berufskennntnis und ihrer Einstellung zum Beruf und der gesamten Wirtschaft über eine höhere Einsicht, über besseren Überblick und Einblick in das Wesen der Dinge und in die praktische Auswirkung der Gesetzmaßnahmen verfügt, das dürfte zwar einer Reichsregierung nicht unbekannt sein, aber sie wagt es nicht, gegen den Stachel zu lecken.

Man wende nicht ein, daß es an dieser Art von Arbeitnehmern selbst liegt, daß sie ausgeschaltet werden. Sie brauchten sich ja nur entsprechend zu organisieren, eine Gewerkschaft nach vorgeschriebenem Muster zu bilden. Denn auch in dem Falle, in dem die Geistesarbeiter diesen Weg beschreiten würden, ist nichts für sie zu erhoffen. Das hat doch die nunmehr über 8jährige Praxis bewiesen. Erstens werden diese Arbeitnehmer niemals der Zahl nach eine solche Masse bilden, daß sie neben den Massen der Arbeiter und der unteren Angestellten zur Geltung kommen, und die Zahl der Vertreter in dem Reichswirtschaftsrat — wie auch in anderen Körperschaften — ist eine Funktion der Mitgliederzahl der Gewerkschaft. Dann aber werden sie nicht zur Vertretung zugelassen, wenn sie sich nicht einer der drei Spitzen unterwerfen. Wir haben ja beide Fälle praktisch. Auf der einen Seite haben sich Chemiker und Ingenieure gewerkschaftlich organisiert und um in die Vertretungen hineinzukommen, sich einer Gewerkschaftsrichtung angeschlossen, nämlich den christlichen Gewerkschaften. Es braucht nicht im einzelnen ausgeführt zu werden, was für die relativ kleine Zahl, die diese Gewerkschaft im Rahmen der gesamten christlichen Gewerkschaften darstellt, herauskommt. Auf der anderen Seite haben sich in einer Gewerkschaft sogenannte leitende Angestellte zusammengetan, haben es aber verschmäht, sich einer Gewerkschaftsrichtung anzuschließen. Auch sie sind von der Vertretung ausgeschlossen.

Weiter möge man beachten, daß von den 41 Vertretern der Abteilung II eine „angemessene Anzahl“ Angestellte sein sollen. Die Verteilung der Sitze wird nach den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften erfolgen. Man wird deshalb damit rechnen können, daß gegenüber etwa 25 Arbeitern 16 Angestellte vorhanden sind. Von diesen aber werden die Freien Angestelltengewerkschaften den Löwenanteil stellen, wenigstens 10, so daß für die Christlichen vielleicht 3, für die Hirsch-Dunkerschen vielleicht 2 Sitze übrigbleiben. Die Zahlen können sich verschieben, grundsätzlich wird sich nichts daran ändern, daß die leitenden Angestellten, die führenden geistig arbeitenden praktisch ausgeschlossen bleiben. Nach der Ansicht der Regierung ist also offenbar die Zu-

gehörigkeit vor allem zu den Freien Gewerkschaften die Qualifikation zur Lösung der dem Reichswirtschaftsrat gestellten Aufgaben!

V.

Wenden wir uns der Abteilung III zu! Bei der Zusammensetzung dieser Abteilung fällt zunächst auf, daß der Beamtenschaft 2 Vertreter zugebilligt werden. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, ob die Beamtenschaft in ein Wirtschaftsparlament gehört, das letzten Endes ein Parlament der Erwerbsstände sein soll. Zu diesen aber sind doch die Beamten nicht zu rechnen, und sie werden sich wohl auch selbst nicht dazu rechnen. Andererseits kann man sehr wohl auch die Ansicht vertreten, daß die Beamten nach der Abteilung II gehören, denn die Beamten haben sich doch selbst in Gewerkschaften zusammengeschlossen und als solche sich wieder zum größten Teile den drei großen Spitzengewerkschaften angegliedert. Sie müßten also durch diese mitvertreten werden. Wozu eine Sonderstellung dieser Gewerkschaften in der Abteilung III? Der Gesetzentwurf schweigt sich über die Gründe bequemerweise aus.

Weit mehr Interesse aber erfordert die Bestellung der drei Vertreter der freien Berufe. Diese sollen von der Reichsregierung unter Zustimmung des Reichsrates ernannt werden auf Grund einer Vorschlagsliste, die von 15 Verbänden einzureichen ist. Da aber gleichzeitig im Entwurf gesagt ist, daß auf einen Vertreter der Ärzte und einen Vertreter der Rechtsanwälte nicht verzichtet werden kann, so bleibt für die anderen freien Berufe ein einziger Vertreter übrig.

Zu diesen Gruppen, die zusammen durch einen Vertreter beglückt werden sollen, gehören, um die betreffenden Verbände zu nennen: die Arbeits-

gemeinschaft der freien geistigen Berufe, der Bund deutscher Architekten, der Bund deutscher Zivilingenieure, der Reichswirtschaftsverband der bildenden Künstler, Verband deutscher Bühnenschriftsteller und Komponisten, Verband der konzertierenden Künstler, die Genossenschaft deutscher Tonsetzer, der Schutzverband deutscher Schriftsteller, die Genossenschaft deutscher Bühnengehörigen, der Verband deutscher Patentanwälte. Zu diesen treten die Verbände die zusammen 2 Vertreter haben werden: der Deutsche Anwaltsverein, der Deutsche Ärzte-Vereinsbund, der Verband der Ärzte Deutschlands, Reichsverband der Zahnärzte, Reichsverband praktischer Tierärzte.

Die Ernennung der Vertreter soll so vor sich gehen, daß jeder der angeführten Verbände eine Liste von drei Vertretern aufstellt, und aus dieser Gesamtliste von 45 Namen wählt die Regierung die Abgeordneten für den Reichswirtschaftsrat aus. Da also 5 Verbände zusammen 2 Vertreter haben werden (Arzt und Rechtsanwalt), wird ein Vertreter aus der Liste der übrigen 10 Verbände, also aus 30 Namen ausgewählt werden.

Man wird nicht neben das Ziel schießen, wenn man annimmt, daß dieser eine Vertreter kein Techniker, sondern ein Künstler sein wird.

Vergleicht man mit dieser Vertretung der freien Berufe, die Vertretung der Handarbeiter und der ihnen nahestehenden Angestellten mit 41 Vertretern, so darf man wohl sagen, daß dieser Entwurf ein Schlag ins Gesicht der freien Berufe, aber auch der geistigen Arbeiter, insonderheit aber der akademischen Techniker ist, die völlig ausgeschaltet sind.

Neben dieser Feststellung spielen die weiteren Mängel des Gesetzentwurfes eine weniger erhebliche Rolle.

Versicherungen

Von Dipl.-Ing. K. F. Steinmetz, Volkswirt RDV.

Über den Wert der Privatversicherung zu reden, erübrigt sich. Diese Einrichtungen sind mit ihren Schatten- und Lichtseiten bekannt, wobei ebenso bekannt ist, daß die Lichtseiten überwiegen. Das gleiche kann heute nicht mehr von den staatlichen (Zwangs-) Einrichtungen gesagt werden, deren Aufbau sich zunächst auf das Vorbild der privaten Versicherungsunternehmen stützte. Während im allgemeinen bei den Privatversicherungen Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis stehen, kann dies von den staatlichen Einrichtungen nicht behauptet werden. Die Ursachen dafür zu erörtern, ist hier nicht der Ort. Anzeichen sind vorhanden, daß die Erkenntnis der immer stärker werdenden Bürokratisierung der staatlichen Versicherungseinrichtungen weitere Kreise zieht. Allgemein wird mehr und mehr erkannt, daß durch diese Bürokratisierung die Wirtschaftlichkeit immer geringer wird, daß steigenden Leistungen der (Zwangs-)Versicherten fallende Gegenleistungen der Versicherungen gegenüberstehen. Da es sich um

Zwangsversicherungen, mit anderen Worten Monopolunternehmen, handelt, liegt ja auch kein zwingender Grund vor, die Wirtschaftlichkeit mit allen Mitteln zu fördern, wie dies bei den Privatunternehmen eine Selbstverständlichkeit sein muß, sollen sie überhaupt und im freien Wettbewerb bestehen können. So hat kürzlich der Reichstagsabgeordnete Hugenberg in der Presse den Vorschlag gemacht, die staatlichen Versicherungen in den freien Wettbewerb mit den privaten Unternehmen zu stellen. Letztere also als Ersatz der Zwangsversicherung zuzulassen, dem Versicherungsnehmer die Wahl seiner Gesellschaft zu überlassen. Dieser Gedanke ist an und für sich gesund. Seine Verwirklichung liegt aber noch in weiter Ferne. Dazu ist die Macht derer im Staat zu groß geworden, die hinter den Zwangsversicherungen stehen und in diesen teilweise wirksame Mittel zur Stärkung oder wenigstens Erhaltung ihrer Macht gefunden haben.

Das private Versicherungswesen hat neben anderen noch die besondere Bedeutung der Begünsti-

gung der Kapitalbildung. Bei den reinen Rentenversicherungen, wie es die staatlichen Versicherungen sind, bleibt den Hinterbliebenen nur ein Rentenanteil des Versicherten, das durch die Versicherung angesammelte Kapital verbleibt der Versicherung. Für die Volkswirtschaft aber ist das freie Kapital — von dem Wert für die Hinterbliebenen ganz abgesehen — von ungleich höherem Wert als das in den staatlichen Anstalten gebundene. Dazu tritt die Tatsache, daß es gerade das zahlreich in Deutschland vertretene kleinere und mittlere Kapital war, welches unsere Stärke ausmachte, das vor allem die Förderung der Schicht des Volkes diente, die als Kulturschicht zu bezeichnen ist. Der Mangel an solchem Kapital, das durch die Inflation vollkommen aufgezehrt wurde, ist es heute, der die große Not der geistigen Arbeiter verursacht und was auf den Nachwuchs geistig Schaffend so schädigend einwirkt.

Es ist eine Notwendigkeit, die Kapitalbildung zu fördern mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen. Dazu gehört einmal, daß die die Kapitalbildung hindernden Maßnahmen zu weit getriebener Sozialpolitik eingeschränkt, auf ihr natürliches, zweckmäßiges Maß zurückgeführt werden; zum anderen, daß in zunehmendem Maße wieder das System der Eigenversicherung aufgebaut wird.

Im Vordergrund steht in diesem Versicherungswesen immer noch die Lebensversicherung in ihrer verschiedenen Gestaltung. Sie sollte wieder in erster Linie gepflegt werden, um so mehr als ja auch die Inflation das private Vermögen, den „Rückhalt“ vernichtet hat. Zur Förderung dieses gesunden Gedankens hat sich der Verband bekannt und empfiehlt seinen Mitgliedern, mit neuem Mute an der Bildung des Kapitals mitzuwirken, das der Sicherstellung der unmittelbaren Angehörigen mehr dient, als dies eine Rentenversicherung unter gleichen Verhältnissen kann oder aber einer solchen eine überaus wertvolle Ergänzung bietet. Der Sparsinn ist es, der in allen Kreisen neubelebt werden muß, das alte deutsche Wort „spare in der Zeit, so hast du in der Not“ behält nicht bloß seine Geltung, es ist in der heutigen Zeit mehr als je ein Mahnruf.

Wenn der Verband sich dazu entschlossen hat, seinen Mitgliedern den Abschluß privater Versiche-

rungen zu empfehlen, so sind zu diesem Entschluß nur die aufgeführten Gründe maßgebend. Und wenn er darüber hinaus empfiehlt, bei Abschluß einer Versicherung diese mit dem Preußischen Beamtenverein vorzunehmen, so leitet ihn die Erkenntnis, daß den Mitgliedern damit gut geraten ist. Nach einer eingehenden Prüfung der Unterlagen konnte festgestellt werden, daß diese Einrichtung dem Versicherungsnehmer besondere Gewähr und besondere Vorteile bieten kann, deren Grund in dem Aufbau des Unternehmens als wirklich gemeinnützigem liegt. Sein Apparat arbeitet ohne Agenten und damit ohne Provisionen. Diese nicht unerheblichen Beiträge fließen dem Versicherungsnehmer wieder zu und verbilligen seine Versicherung bzw. erhöhen sein Sparkapital. Dazu treten die Dividenden, die bereits vom ersten Versicherungsjahr an gezahlt werden. Über die Einzelheiten des Systems unterrichten die Druckschriften des Vereins.

Um häufige Einwände zu zerstreuen, sei darauf hingewiesen, daß sich die Versicherung — wie aus dem Namen des Vereins geschlossen werden könnte — nicht auf preußische Beamte beschränkt. Über diesen Personenkreis ist das Unternehmen längst hinausgewachsen. Alle unsere Mitglieder können mit dem Preußischen Beamtenverein Versicherungen abschließen!

Auch die Bezeichnung „Lebensversicherungsverein auf Gegenseitigkeit“ hat vielfach zur Zurückhaltung Anlaß gegeben, da die Nachzahlungspflicht rechtlich gegeben war. Auch dieser Grund ist heute gegenstandslos geworden, da inzwischen das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung den Beschluß des Preußischen Beamtenvereins, die Nachschußpflicht aufzuheben, zugestimmt hat, wodurch dieser Beschluß rechtskräftig geworden ist.

Der Verband hat mit dem Preußischen Beamtenverein einen Empfehlungsvertrag abgeschlossen, der ihm das Recht sichert, die Interessen seiner dort versicherten Mitglieder bei Meinungsverschiedenheiten selbst zu vertreten. Der Verband empfiehlt, den Preußischen Beamtenverein zu Hannover bei Abschluß von Lebensversicherungen in erster Linie heranzuziehen.

Kultur-Umschau

Spengler und die Maschine. „Die Technik ist so alt wie das frei im Raum bewegliche Leben überhaupt“, sagt Spengler*) und erweist damit, daß er die Technik ganz anders auffaßt als der, der sie schafft und erhält und weiterbildet, als der Techniker. Nicht das Leben, auch nicht die Bewegung sind Technik, sondern die zweckbewußte Umgestaltung oder Umordnung der Naturstoffe durch den Menschen. Das Unterscheidende zwischen Mensch und Tier, zwischen Mensch und Natur ist die technische Betätigung, die absichtliche Umänderung des Vorhandenen. Indem das Menschtier in seine Umgebung eingreift und dieser neue Formen gibt, die

seinen Zwecken besser dienen und ihm helfen den Kampf ums Dasein erfolgreicher zu bestehen, reift es zum Menschen.

Die Technik ist eine Notwendigkeit, gleichsam ein über den Menschen fortgesetzter Naturvorgang der Entwicklung, der ebenso unaufhaltbar ist wie die geologische Umgestaltung der Erde oder die kosmische der Weltsysteme. Ohne Technik wäre der Mensch nie zum Bewußtsein seiner selbst gelangt, es sei denn, daß die Natur ihm andere Organe gegeben oder ihn in eine andere Umwelt versetzt hätte. Der Mensch schafft schöpferisch wie die Natur, aber mit Riesenschritten voraneilend und jene mit ihrem für uns nur historisch rückblickend erkennbaren Schneckentempo weit hinter sich lassend.

*) Der Untergang des Abendlandes (C. H. Beck, München), Schlußkapitel des 2. Bandes.

So begleitet die Technik den Menschen als etwas von ihm Untrennbares von seinen ersten Anfängen an und hilft ihm das schaffen, was wir als seine Kultur bezeichnen. Der Mensch der Steinzeit hatte eine Technik, ebenso wie Babylonier, Ägypter und die Antike, und wenn Spengler die antike Technik als solche verneint — „es gibt keine antike Technik“, sagt er — so kennt er sie nicht oder verkennt sie und ihre Einwirkung auf die Kultur überhaupt.

Nur die „faustische Technik“ läßt er gelten, die mit den frühesten Tagen der Gotik anhebt. „Hier und nur hier ist die Verbindung von Einsicht und Verwertung selbstverständlich.“ Wußten die Pfahlbauer nicht, warum sie die Handspindel benutzten, die Inder nicht, wozu ihre Irrigationsanlagen dienten, hatten die Römer keine Einsicht in die Wirkungsweise ihrer Palintonon und Onager? Einsicht und Verwertung lagen doch auch hier offen zutage. Von faustischem Streben waren wohl auch ein Archimedes und ein Hero erfüllt, genau so wie die Baumeister der Pyramiden und der turris ingens der Babylonier. Gewiß hat die Renaissancezeit — die Auflehnung gegen den Geist der Gotik, wie Spengler sie nennt — der Technik mit der Einführung der induktiven Naturbetrachtung neue Grundlagen und damit neue Möglichkeiten geschaffen, aber nur die Arbeitsweise wird anders, rationeller als die empirische Methode, nicht der Trieb zum technischen Schaffen, zum Gestalten aus dem Schöpferdrang heraus; er bleibt derselbe.

Aus dieser Zeit, aus den Klosterzellen der inbrünstigen Erfinder, der seltsamen Dominikaner, „die unter Beten und Fasten Gott sein Geheimnis abrang“, soll nun „die Idee der Maschine als eines kleinen Kosmos, der nur dem Willen des Menschen gehorcht“, geschaffen sein. „Aber damit überschritten sie jene feine Grenze, wo für die anbetende Frömmigkeit der andern die Sünde begann, und daran gingen sie zugrunde, von Bacon bis Giordano Bruno. Die Maschine ist des Teufels: so hat der echte Glaube immer empfunden.“

Wir, die wir der Technik, der Maschine unser ganzes Denken und Schaffen geweiht haben, erschrecken zunächst vor der Furchtbarkeit dieses Ausspruches. Tausende lesen ihn und glauben wohl daran, gestützt auf die Autorität Spenglers, lassen sich aber, genau wie Herr Spengler selbst — und das ist das Urkomische an dem ganzen —, dadurch nicht abhalten, täglich, stündlich die Maschine und ihre Erzeugnisse zu benutzen, und können ohne sie, ohne dieses Teufelswerk, nicht leben, ja auch nicht ihre Kulturbedürfnisse befriedigen. Müssen wir immer wiederholen, was wir der Maschine für unser persönliches Dasein und für unsere Kultur verdanken!

Die Maschine ist viel älter als Spengler annimmt; die Steinzeit hatte schon Bohrmaschinen, die antike Technik benutzt sie überall. Daß mit der Dampfmaschine eine Umwälzung in der Technik und auch in der sozialen Struktur der Staaten eintritt, ist nicht zu leugnen. „Man hat die Maschine als teuflisch empfunden, und mit Recht“, sagt Spengler. Wir aber bezeichnen sie als göttlich, denn in ihr offenbart sich die Schöpferkraft des Menschen, sein göttlicher Geist, die „heilige Kausalität“, von der auch Spengler spricht, die nur in der Natur ihr Ebenbild findet. Wenn Maschine und Technik mißbraucht wurden, so ist es nicht unsere, der Techniker, Schuld, sondern jener, die ihr Denken lediglich auf das Begriffliche und auf das Geld, auf das Wirtschaftliche und nicht auf das Wirtschaftliche richten, und auch jener „Denker und Dichter“, Philosophen und Pädagogen, die es nicht verstanden haben, sich in den Geist der Technik zu versenken und deren Bildungs- und Erziehungswerte für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Nicht die Maschine hat die Klassengegensätze verschärft, ein Proletariat herangezogen, sondern die outsider der Technik, die sich in die Führerstellen hineingedrängt haben, die ihnen leider der Ingenieur willig überlassen hat und heute noch kaum bestreitet, und die aus der Maschine eine Geldverdienmaschine, aus der Industrie eine Börse gemacht haben. Im Staat, in den Kommunen, in den großen und kleinen Gesellschaften, überall entscheiden über schwerwiegende Wirtschaftsfragen Leute, die von der Grundlage der Wirtschaft, der Technik, nichts verstehen, die von der Elektrizität nur wissen, daß sie „entwendet“ (sic!) werden kann. Der Ingenieur, nach Spengler „der wissende Priester der Maschine“, „der dem römischen Rechtsdenken am fernsten steht“, soll nur die Baumaterialien in technisch richtiger Weise zusammenfügen, so haben wir erst kürzlich gelesen (T. u. K. 1927, S. 18), die Leitung und damit auch die Einwirkung auf Mensch und Gesellschaft nehmen andere für sich in Anspruch.

Aber „der Verzweiflungskampf des technischen Denkens um seine Freiheit gegenüber dem Denken in Geld“, der Kampf des Blutes mit dem Gelde, wie Spengler es ausdrückt, wird, so hoffen wir, siegreich für ersteres ausgehen. Der Sieg wird den endgültigen Beweis führen, daß die Maschine die Wohltäterin der Menschheit ist. Ihr „Satanismus“ wird sich in Divinismus wandeln, sie wird, in der richtigen Hand, die Scheinkultur durch eine wahre, eine Vollkultur ablösen. Am Ingenieur ist es, die Forderung der Zeit zu erkennen und danach zu handeln. So können wir mit Spengler nur warnend ausrufen:

Ducunt fata volentem, nolentem trahunt.

⊙ipl.-Ing. Carl Weihe.

Wirtschaftsfragen

Die Konjunkturlage im Januar und die Aussichten für Februar.

Von Dr. Fritz Reuter, Berlin.

Für den Ingenieur, soweit er im Betriebe zu disponieren hat, ist eine Konjunkturkenntnis von großer Wichtigkeit. Und zwar muß er nicht nur die Konjunktur seines Betriebes verfolgen, an Hand der Auftrags-, der Umsatz-, der Produktions- und Lagerstatistiken, er bedarf auch eines Über-

blickes über die Wirtschaftslage seiner Branche, sowie über den gesamten Konjunkturablauf unserer Wirtschaft. Um über die letztere Bewegung auf dem laufenden zu bleiben, ist es nötig sich gewisse Anhaltspunkte zu schaffen, die durch laufende Beobachtungen auch im weniger theo-

retisch fundierten Betriebsmann ein plastisches Bild des Auf und Ab der wirtschaftlichen Wellenbewegung vermitteln.

Das Institut für Konjunkturforschung in Berlin hat ein Barometer der drei Märkte geschaffen, d. h. ein Konjunkturbarometer, das uns mit seinen drei zueinander in Korrelation stehenden Zahlenreihen, ein exaktes Bild über den Stand der Konjunktur zu geben vermag. Die Bewegungen des Effektenmarktes, des Warenmarktes und des Geldmarktes werden nach Ausschaltung der Saisonschwankungen und der Grundrichtung in sogenannten symptomatischen Zahlenreihen dargestellt. In der Tat hat es sich erwiesen, daß in Zeiten der Depression die ersten Anzeichen einer Besserung in einer Aufwärtsbewegung der Effekten zu spüren ist. Die Börse diskontiert die Konjunktur. Etwas später folgt der Warenmarkt, ausgedrückt durch das Preisniveau und schließlich bei beginnendem Aufschwung macht sich eine Versteifung des Geld- und Kapitalmarktes geltend. Diesen von Amerika übernommenen klassischen Konjunkturzeilen muß man zur Ergänzung beifügen Arbeitsmarktberichte sowie Spezialkonjunkturberichte der Rohstoff- und der jeweils interessierenden Fertigungsindustrien. Wenn man sich das geschilderte Beobachtungssystem vor Augen hält und mit den jeweils aktuellen Zahlen belebt, so ist man in der Lage einigermaßen fundierte Konjunkturbeobachtungen anzustellen.

Wie verlief, wenn wir unseren folgenden Ausführungen das Barometer der drei Märkte zugrunde legen, die Konjunktur im Januar dieses Jahres, wie wird sie sich voraussichtlich im laufenden Monat entwickeln? Die im Januar 1926 einsetzende fortlaufende Aufwärtsbewegung der Aktienkurse (Effektenmarkt), die im November und Dezember des vergangenen Jahres zu einem Stillstand kam, setzte im Januar 1927 mit erneuter Heftigkeit ein, mit anderen Worten: von der Krisis im Herbst und Winter 1925 glitt die deutsche Wirtschaft langsam in das Stadium der Depression und gleitet gegenwärtig in das Stadium eines leichten Aufschwunges. Die Bestätigung unserer Behauptung finden wir bei der Beobachtung der zweiten Zahlenreihe, den reagiblen Warenpreisen*). Seit Juli vorigen Jahres läßt sich eine leichte Hebung des Warenpreisniveaus feststellen. Beide Zahlenreihen deuten somit auf eine steigende Konjunkturentwicklung im vergangenen, sowie im gegenwärtigen Monat hin. Der Geldmarkt zeigte eine bedeutende Flüssigkeit bei Zinssätzen für Tagesgeld von $1\frac{1}{2}$ bis 4%. Der Kapitalmarkt (Markt langfristiger Anlagen, im Gegensatz zum Geldmarkt, dem Marke kurzfristiger Anlagen), war bis Ende 1926 weniger liquide, ein Zeichen für die vorerst keineswegs behobene

*) Vergl. Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung, herausgegeben vom Institut für Konjunkturforschung, Berlin 1926. Reimar Hobbing.

Blutarmut der deutschen Wirtschaft. Bis vor kurzem bestand zwischen dem billigen Geld und dem teuren Kapital eine recht erhebliche Zinsspanne. Die Senkung des Reichsbankdiskontes im vorigen Monat mäßigte diesen scheinbaren Widerspruch, der aus einer Strukturwandlung am Kapitalmarkt erklärlich ist, wenigstens etwas. Neuerdings versucht man auch der Arbeitslosigkeit der Geldkapitalien zu steuern durch eine Überleitung des Geldmarktüberflusses in den Kapitalmarkt. Die Anleiheprojekte des Reiches, der Kommunen, wie der Privatwirtschaft, werden durch ihre Realisierung zu normalen festeren Verhältnissen führen.

Zu den angedeuteten günstigen Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage, die noch erhärtet werden können durch Angaben über die arbeitstägliche Wagenstellung der Reichsbahn (von 120000 t der ersten Januarwoche steigerte sie sich bis zur dritten Januarwoche auf 131700 t), gesellt sich eine dem rosigen Bilde gänzlich widersprechende Bewegung: die seit Januar 1927 erneut wachsende Zahl der Arbeitslosen (gegenwärtig annähernd 2 Millionen). Der scheinbare Widerspruch bedarf der Erklärung durch den Hinweis auf die Strukturwandlung unserer Wirtschaft. Rationalisierung bedeutet zumeist Ersparung von Arbeitskräften, für die erst wieder rationelle Arbeitsmöglichkeiten mit Rentabilitätsaussichten geschaffen werden müssen. In der Zahl der Arbeitslosen und dem Zwange sie zu vermindern, steckt das brennendste Problem für unsere nächsten Monate. Gewiß bedingen die Wintermonate immer bis ins Frühjahr hinein gleichzeitig ein saisonmäßiges Anwachsen der Arbeitslosenziffer. So können wir das Kuriosum einer teilweise guten Konjunktur mit mancherorts benötigtem Überstundenbetrieb verzeichnen, bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit von einem selten dagewesenen Ausmaße. Sicherlich wurzeln die Fragen der Behebung der Arbeitslosigkeit in grundsätzlichen Auffassungen der Sozialpolitik und der zweckmäßigen Ausgestaltung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Zu dieser Sorge gesellt sich als weitere bedenkliche Tatsache der immer noch nicht revidierte Dawesplan mit seinen sinnlosen, den geregelten Handelsverkehr hemmenden Zwangsbewegungen großer Wertmassen. Zusammenfassend läßt sich bei gegenwärtig günstigen Anzeichen die Hoffnung auf eine weiterhin aufwärts gerichtete Konjunktur im laufenden Monat aufrecht erhalten, wenn es gelingt, die Rückbildung und Rationalisierung der Industrie, unter gleichzeitiger Neubildung von Qualitätsindustrien weiter fortzuführen, und wenn der Aufbau und die Industrialisierung der Landwirtschaft und endlich die Einschränkung des ungesunden Verbrauchs, sowie die Bildung von Sparkapital auch fernerhin bemerkenswerte Fortschritte machen. Diese Postulate sollte sich jeder Betriebsführer und Wirtschaftspraktiker bei seinen Entschlüssen vor Augen halten.

Buchbesprechungen

Mensch und Technik. Kulturgeschichtlicher Rückblick auf den Weg des Menschen mit einer Ausschau in die Zukunft. Von Johann Gröttrup. Berlin 1926. Industriebeamtenverlag G. m. b. H. 121 S., geb. M. 3.50.

Das Buch enthält viele gute Gedanken, aber es ist auf falscher Grundlage aufgebaut. Es ist keine wissenschaftliche Arbeit, sondern eine Parteischrift, die den Sozialismus verherrlichen will, jetzt noch, wo doch schon so viele Anhänger dieser Lehre durch die Gewalt der Tatsachen von ihr abgeschwenkt sind. Es wäre auch recht sonderbar, wenn die Marxsche Lehre, das Gedankengebäude eines verhärteten Menschen, der Technik, technische Arbeit und Wirtschaft nie aus eigener Anschauung und Betätigung kennengelernt hat und zu einer Zeit schrieb, in der die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz andere waren als heute, die Lösung des so schweren Problems darstellen

sollte. All die aufhetzenden Schlagworte, wie Kapitalismus, Sklavenarbeit, erpreßte Dividende usw., die einem bezahlten Parteischreiber geläufig sind, finden wir hier von jemandem wiederholt, der sich Ingenieur nennt und als solcher doch einen versöhnenden und vermittelnden Standpunkt einnehmen sollte und erkennen sollte, wie Kapital und Arbeit notwendige Voraussetzungen für eine jede ersprießliche Wirtschaft sind. Die Arbeit aber nur dann, wenn sie mit Hingebung und Liebe geleistet wird, die unmöglich aus einer feindlichen Einstellung zu ihr, aus ihrer Herabdrückung zur käuflichen Ware hervorgehen können. Wir glauben nicht, daß der Verfasser jemals werkfreudig und erfolgreich in der Technik geschafft und die Arbeit anders als vom Lohnstandpunkt aus empfunden hat. Sonst könnte er sich nicht zu solchen Ausführungen versteigen, die auf jeder Zeile die einfarbige

Parteilbrille erkennen lassen, die heute gern mit der „sozialen“ Geste aufgesetzt wird. Damit läßt sich die Wirklichkeit nicht zwingen, das vom Führer nicht geglaubte, aber der Masse gepredigte Paradies nicht erreichen. Die Zeit mit ihren unerbittlichen Forderungen wird auch darüber hinwegschreiten.

⊙ipl.-Jng. Carl Weihe.

Wieland. Helden-Roman von Wilhelm Platz. München-Grünwald 1926. Hans Lhotzky Verlag. 277 S.

Wilhelm Platz, der Ingenieur und Dichter, auf den wir wiederholt hinweisen konnten*, hat uns wieder ein schönes Buch beschert. Wir wollen nicht mehr mit ihm rechten, wie wir es früher getan haben, daß er, der viele Jahrzehnte lang in der schaffenden Technik stand, den Stoff für seine Dichtungen nicht seinem Arbeitsgebiet entnimmt. Dem Dichter kann man nichts vorschreiben, ja er selbst seine Muse nicht zwingen; wir müssen nehmen, was sie uns beut, und uns bescheiden. Es fällt uns aber nicht schwer; denn wenn wir alle die prächtigen Bände des Verfassers vor uns hinstellen, so wächst mit jedem unsere Freude über die anmutigen Erzählungen, die lebenswahren Schilderungen, die klangvolle, formvollendete Sprache. Und gar der vorliegende Band, der die alte Sage von Wieland dem Schmied in neues Gewand kleidet, übertrifft fast noch den „Frithjof“, für den wir uns erst kürzlich begeisterten. Auch hier klingt Musik aus den Prosa-zeilen an unser Ohr und würde uns von dem Inhalt der Dichtung ablenken, wenn dieser nicht so überaus spannend bis zur letzten Seite dargestellt wäre.

*) T. u. K. 1921, S. 56, 1925, S. 209.

Die Geschichte des Helden ist heute kaum noch bekannt, nur sein Name wird gelegentlich erwähnt. Der Ingenieur Platz zieht ihn aus der Verborgenheit hervor und schildert ihn uns nicht nur als kunstvollen Schmied des Siegfried-Schwertes, sondern auch als Erfinder, der aus Ton das Leichtmetall gewinnt, sich für seine von schmachvoller Hand verstümmelten Beine ein Gehgerüst baut und schließlich sich durch ein selbstgeschaffenes Flügelpaar aus grausamer Gefangenschaft befreit. So zieht doch ein technischer Faden durch das Ganze, der im Verfasser den Berufsgenossen erkennen läßt.

Wenn wir den Wunsch aussprechen, daß Wilhelm Platz (Dr.-Jng. e. h., Karlsruhe 1926) uns noch weitere so schöne Bände schenken wolle, so fühlen wir uns mit jedem einig, der auch nur einen einzigen von ihm gelesen hat.

⊙ipl.-Jng. Carl Weihe.

Wie baut Amerika. Von Richard J. Neutra. Mit 105 Abbildungen. Verlag Julius Hoffmann, Stuttgart 1926. Preis geb. M. 8.50.

Das Interesse für amerikanische Leistungen auf allen Gebieten der Technik ist zur Zeit sehr groß. Das spricht sich auch in der bereits sehr zahlreichen Literatur über Amerika aus. Das Buch von Neutra steht über der gewöhnlichen Reiseliteratur. Es gibt auf Grund solidester, vor allem auch konstruktiver Sachkenntnis einen interessanten Ausschnitt aus dem neuesten städtebaulichen, bautechnischen und formalen Schaffen des amerikanischen Bauwesens. Die Lektüre bietet nicht allein Genuß, sondern sie vermittelt auch positive Kenntnis und dürfte daher dem deutschen Städtebauer, Architekten und Bauingenieur manche wertvolle Anregung geben.

Dr.-Jng. Mehmke, Stuttgart.

VERBANDSNACHRICHTEN

Ausschuß.

Der Ausschuß hat über den Antrag des Vorstandes betr. „Geschäftsordnung des Ausschusses“ schriftlich abgestimmt und den Vorstandsantrag angenommen. Durch die so beschlossene Geschäftsordnung werden u. a. die Reise- und Aufwandsentschädigungen der Ausschußmitglieder geregelt.

Die Ordentliche Ausschußtagung 1927 wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats September 1927 stattfinden, und zwar in Frankfurt a. M. Verbunden wird mit der Ausschußtagung, wie in den Vorjahren, eine Öffentliche Diplom-Ingenieur-Tagung, deren Vorbereitung der BV Frankfurt a. M. übernommen hat.

Prüfingenieure.

Der auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt in Preußen (3. 12. 26) zu errichtende Ausschuß für Prüfingenieure für Statik hat sich nunmehr endgültig gebildet.

Die Bewerbung und die Berufung als Prüfingenieur hat schriftlich bei dem Ausschuß zu erfolgen. Seine Anschrift lautet:

Ausschuß für Prüfingenieure für Statik,
Berlin NW 7,
Friedrich-Ebert-Str. 27.

Dem Gesuch sind beizugeben:

1. Kurzer Lebenslauf, aus dem die Ausbildung und bisherige Tätigkeit hervorgeht;
2. Zeugnisse, durch die die berufliche Ausbildung und Tätigkeit belegt werden;
3. Bescheinigung der Baupolizeibehörde des Wohnsitzes, daß von ihrer Seite Bedenken in persönlicher und sachlicher Hinsicht nicht zu erheben sind.

Vorbedingung für die Berufung ist eine wenigstens 10jährige Praxis in statischen Berechnungen für bau-

polizeiliche Zwecke (Anfertigung oder Prüfung) und Führen mit der Praxis.

Die Gesuche sind umgehend einzureichen; nach dem 1. 4. 27 eingehende Gesuche können voraussichtlich nicht auf Berücksichtigung in nächster Zeit rechnen.

Hilfsskasse.

Spendet für die Hilfsskasse des Verbandes! Die Not, besonders unter den älteren Kollegen, ist groß. Den Anforderungen kann die Hilfsskasse nur dann entsprechen, wenn die in festem Einkommen stehenden Mitglieder neben dem Verbandsbeitrag ein Opfer für ihre in Not befindlichen Kollegen bringen. Auch kleine Beträge sind willkommen und werden herzlichst dankend vom Kuratorium der Hilfsskasse entgegengenommen!

Seit dem Bericht im Januar-Heft können wir, den Spendern herzlichst dankend; über folgende Beträge quittieren:

Bezirksverein Duisburg.....	RM	50
⊙ipl.-Jng. Carl Este, Berlin.....	„	5
⊙ipl.-Jng. Oscar Schlemo, Direkt., Buenos-Aires ..	„	10
⊙ipl.-Jng. Bernh. Strehlow, Kobe-Japan.....	„	50
⊙ipl.-Jng. Karl Schwaiger, Obering., Dresden...	„	5
⊙ipl.-Jng. X. X., Ludwigshafen a. Rh.....	„	20
Dr.-Jng. Foedisch, Prof. Königsberg, i. Pr.....	„	3
⊙ipl.-Jng. O. Ch. Hirsch, Minister.-Rat a. D., Dresden	„	10
	Summe RM	153
Summe im Januar-Heft 1927.....	„	165
	Gesamt RM	318

Spenden erbitten wir auf das Postscheckkonto des Verbandes (Berlin 7527) mit Vermerk „Hilfsskasse“ auf dem Abschnitt.

Das Kuratorium der Hilfsskasse
I. A.: ⊙ipl.-Jng. K. F. Steinmetz.